



eben darum . . .

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

20. Jahrgang / Heft 5/6

Mai-Juni 1965

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Unser Ringen um die Aktionseinheit und der Bundestagswahlkampf 1965	2
Der Politik der CDU eine Niederlage bereiten	7
Ein Beitrag zu den Thesen des „Sozialistischen Bundes“	12
Der 8. Mai 1945 und das Vermächtnis des deutschen Widerstandes	16
Einige Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution	19
Perspektivplanung bis 1970 und neues ökonomisches System der DDR	24
Bemerkungen zur Verbesserung unserer Agitation	27
Unser Interview:	32
Berichte u. Tagungen: Über den friedlichen Weg zum Sozialismus	34
Junge Genossen fragen:	
„Warum ist der staatsmonopolistische Kapitalismus der Bundesrepublik so gefährlich?“	37
Aus der internationalen Arbeiterbewegung	40
Aus den Erfahrungen der Partei	44
Tatsachen aus der DDR	45

Unser Ringen um die Aktionseinheit und der Bundestagswahlkampf 1965

VON FRED S.

Das Wahlprogramm der KPD ist veröffentlicht. Unsere Partei greift aktiv in den Bundestagswahlkampf ein.

Noch vor wenigen Wochen trafen die Spitzen der Bonner Koalitionsparteien mit der SPD-Führung ein Wahlabkommen. Sie wollten sich tunlichst schonen, den Wahl-„Kampf“ auf 4 Wochen beschränken und selbst in dieser Zeit die wichtigsten politischen Fragen ausklammern. Die Rechnung dieser Wahlmanager geht nicht auf. Immer mehr Wähler beteiligen sich an einer echten politischen Bestandsaufnahme, rücken die wirklich brennenden Fragen in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Dazu trugen vor allem die kraftvollen Aktionen gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, die vermehrten Proteste gegen die Notstandsgesetze und die Bewegung gegen die Verjährung der Kriegs- und Naziverbrechen bei. Dazu tragen aber auch die Veröffentlichung sowie die ersten Diskussionen über unser Wahlprogramm bei, mit dem die KPD den Weg weist, der unser Volk zu Frieden und Sicherheit, zu Demokratie und sozialer Gerechtigkeit führt.

Wir zeigen im Wahlprogramm, daß unser Hauptanliegen in diesem Wahlkampf ist, alles zu tun, der CDU/CSU und ihrer Politik die verdiente Niederlage beizubringen.

Aus dem gerade in jüngster Zeit offenkundig gewordenen Bankrott der Regierungspolitik zieht die KPD im Wahlprogramm die Schlußfolgerung:

„Die ‚Politik der Stärke‘ und die Parteien, die sie tragen, die CDU/CSU, müssen geschlagen werden. Dasselbe Los verdient ihr Koalitionsanhängsel, die FDP. Die bisherige verfehlte Politik und ihre Träger durch eine neue Politik und durch neue Männer abzulösen — das steht jetzt auf der Tagesordnung.“

Wie aber kann die CDU/CSU geschlagen, wie ihre schädliche, antinationale Politik überwunden werden? Wie gelingt es uns mit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse die Kraft zu schaffen, die in der Lage ist, eine neue Politik durchzusetzen? Wie kommen wir gerade im Wahlkampf zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten?

Die 4. ZK-Tagung unserer Partei verdeutlichte den engen Zusammenhang der zwischen diesen Fragen besteht. Eine notwendige politische Wende in der Bundesrepublik hängt ab vom einheitlichen Handeln breiter Volkskräfte. Davon gehen wir aus, wenn wir das Streben zur Aktions-einheit der Arbeiterklasse als unab-änderlichen Grundsatz, als Grundlinie

Was verbindet Sozialdemokraten und Kommunisten?

Wo liegen die gemeinsamen Interessen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die ein vereintes Handeln so zwingend erfordern?

In erster Linie verbinden uns mit den Mitgliedern und Anhängern der SPD die Grundinteressen unseres Volkes, das elementare Streben nach Frieden, Demokratie und sozialer Sicherheit.

Bekanntlich forderten bedeutende sozialdemokratische Organisationen vom Karlsruher Parteitag eine klare Friedenspolitik der SPD. Sie wandten sich gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik, insbesondere gegen die MLF. Dieses Verlangen sozialdemokratischer Mitglieder wurde nach dem Parteitag erneut bekundet und fand vor allem in den Protesten gegen den Atommilitärplan Ausdruck. Ende März forderte die Bezirkskonferenz der Jungsozialisten Südhessens die Bundesregierung auf, „sich um Vereinbarungen zu bemühen, die einen gegenseitigen Abbau des Atomwaffen-Potentials ermöglichen. Solche Vereinbarungen könnten helfen, die internationalen Spannungen zu vermindern und eine kontrollierte Abrüstung in die Wege zu leiten“. Die Jungsozialisten begrüßten die Kampagne für Abrüstung und unterstützen damit den Kampf gegen jegliche westdeutsche Atomrüstung, für die Einbeziehung der Bundesrepublik in eine atomwaffenfreie Zone.

Kurze Zeit vorher hatten sich die Delegierten der 2. Zentralen Jugendkonferenz der IG Druck und Papier zum Ostermarsch bekannt, im Namen des Friedens und der Menschlichkeit eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik verurteilt, sowie Veranstaltungen anlässlich des 1. September empfohlen. Ihr Anliegen stimmt mit dem Grundsatzprogramm des DGB

der Politik der KPD bezeichnen. Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist darum kein taktisches Moment unserer politischen Tätigkeit, sondern ein ständiger, fester Orientierungspunkt für die Arbeit eines jeden Genossen. Auch im Wahlkampf ist darum unser Handeln von dieser Generallinie getragen.

überein, in dem die Gewerkschaften das Verbot aller Atomwaffen und sonstiger Massenvernichtungswaffen sowie die allgemeine und kontrollierte Abrüstung fordern.

Die in solchen Beschlüssen formulierten politischen Friedensziele einer zweifellos großen Mehrheit sozialdemokratischer Mitglieder und Gewerkschaftskollegen decken sich mit unseren eigenen Vorstellungen. Dafür ist das Wahlprogramm der KPD be- redtes Zeugnis. Den Widerstand gegen die Atomrüstung bezeichnet die KPD im Wahlprogramm als das erste Gebot einer deutschen Politik:

„Friede ist die oberste Regierungspflicht. Der Verzicht der beiden deutschen Staaten auf Atomrüstung, ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik über Gewaltverzicht und kontrollierte Rüstungsbegrenzung, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und eines Systems kollektiver Sicherheit für alle europäischen Staaten – das sind die Gebote einer deutschen Friedenspolitik.“

Eine gleiche Übereinstimmung der Interessen verbindet Sozialdemokraten und Kommunisten in dem Streben nach einer demokratischen Erneuerung der Bundesrepublik. Das wird in diesen Wochen durch die Bedrohung mit Notstandsgesetzen besonders offenkundig. Dieselben Leute, die nach Atomwaffen greifen, wollen mit Notstandsgesetzen noch verbliebene demokratische Rechte einschränken, ihre eigene Macht erweitern und Kriegerrecht bereits in Friedenszeit einführen. Die gewachsene Erkenntnis über diese Absichten zeigt sich in zahlreichen Gewerkschaftsbeschlüssen und in den Forderungen nach Aktionen. Statt

Notstandsgesetze fordern unsere größten Gewerkschaften mehr Mitbestimmung in Betrieb, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Grundsatzprogramm des DGB heißt es, daß mit der Ausweitung der Mitbestimmung die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden soll, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen.

Am deutlichsten zeigt sich die Interessengleichheit zwischen Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeitern im Betrieb. Hier stehen wir in einer Gewerkschaft vereint demselben Unternehmerverband gegenüber. Und es ist eine seit

Generationen vermittelte Erfahrung, daß im Kampf gegen Unternehmerrückwärts, für die sozialen Forderungen der Arbeiter und Angestellten jede Spaltung schwächt, aber die Einheit stark macht.

In der Vorbereitung der diesjährigen Betriebsrätewahlen kam es zu guten Beispielen der Zusammenarbeit. So wurde in einem norddeutschen Betrieb mit mehr als 6000 Arbeitern zwischen den Leitungen der Betriebsgruppen der KPD und SPD vereinbart, in Zukunft gemeinsam über Artikel unserer Betriebszeitung zu beraten. Die sozialdemokratischen Genossen erklärten sich bereit, selbst einige Beiträge für die Betriebszeitung zu schreiben.

Gemeinsam wirken — eine neue Politik durchsetzen

Die Übereinstimmung wesentlicher Interessen von Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften ist ohne Zweifel im Wahlkampf von besonderer Bedeutung. Die Möglichkeit, in vereinten Anstrengungen die antinationale CDU/CSU-Politik zu überwinden und eine neue Politik des Friedens, der Demokratie und sozialer Gerechtigkeit durchzusetzen, bietet sich geradezu an. Diese Gemeinsamkeiten sind weitaus tiefer, als Meinungsverschiedenheiten, die im Wahlkampf in Diskussionen und politischen Auseinandersetzungen auftreten können.

Die gemeinsame Verwirklichung der Gewerkschaftsbeschlüsse gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze, die Durchführung kraftvoller Aktionen — darin sehen wir Kommunisten die notwendige Aktionsgemeinschaft der Arbeiterklasse, die ausschlaggebend für die Entfaltung einer breiten demokratischen Volksbewegung ist. Diese Aktionsgemeinschaft ist umso wirkungsvoller, je enger Kommunisten und Sozialdemokraten darin zusammenwirken.

In den vergangenen Monaten gab es hierfür wichtige Beispiele. So fanden sich in Kassel sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Gewerkschafter in einer Abwehrfront gegen das provokatorische Atomminenvorhaben zusammen und beschlossen die bekannten Kampfmaßnahmen. In Frankfurt, Essen und anderen Städten demonstrierten So-

zialdemokraten, Kommunisten und Bürger verschiedenster Kreise der Bevölkerung gegen den schmutzigen amerikanischen Krieg in Vietnam. Ein Höhepunkt wurden die Aktionen des diesjährigen Ostermarsches, die Tausende Kommunisten und Sozialdemokraten für gleiche Ziele, in gemeinsamen Märschen vereinte.

Je mehr sozialdemokratische Genossen die notwendige Verbindung parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktionen erkennen, je nachdrücklicher gewerkschaftliche Beschlüsse in Aktionen umgesetzt werden, umso stärker wird sich in der SPD die Erkenntnis durchsetzen, daß die eigenen Forderungen auch Richtschnur für die offizielle Politik der SPD sein müssen, daß die Politik der „Gemeinsamkeit“ mit der CDU der Gemeinsamkeit mit dem schaffenden Volk zu weichen hat.

Eine Verständigung von SPD, KPD und Gewerkschaften, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist zweifellos der Schlüssel, die Lage zu verändern und friedliche, demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik zu schaffen. Diese Aktionsgemeinschaft würde zu einem Kraftfeld, das alle Schichten des Volkes erfäßt.

Was steht einer solchen Entwicklung im Wege? Warum kann die Erhard-Regierung unserer Bevölkerung die „Politik der Stärke“ noch länger zumuten? Das Haupthemmnis liegt darin, daß die von der Wehner-Erler-

Gruppe beherrschte SPD-Parteiführung auf jegliche Alternativpolitik verzichtet. Mit den negativen Beschlüssen des Karlsruher Parteitages vollführt sie im Gegenteil eine Politik, die im „Mitregieren“, in der großen Koalition enden soll.

Auf der 4. ZK-Tagung unserer Partei charakterisierten wir die verhängnisvolle Zustimmung des SPD-Parteitages zur Atomrüstung, zu Notstandsgesetzen und Grenzrevisionen als Versuch, den aussichtslosen Kurs der CDU/CSU, die abenteuerliche „Politik der Stärke“ fortzusetzen. Leider ist das in den letzten Monaten besonders durch Mitglieder der Regierungsmannschaft vielfach bestätigt worden.

Als die Erpresserpolitik der Erhard-Regierung durch arabische Staaten eine Niederlage erhielt, da forderten Wehner und Erler die Anwendung der Hallstein-Doktrin nicht nur durch den Abbruch diplomatischer Beziehungen, sondern gekoppelt mit wirtschaftlichen Sanktionen.

Ist es nicht ein Hohn auf oft gehörte, allgemeine Friedensbeteuerungen, wenn Erler — trotzdem er von dem verhängnisvollen Atomminenplan Kenntnis hatte, nicht protestierte, weil er sich an eine „Schweigepflicht“ gebunden fühlte? Eindeutig unterstützte Helmut Schmidt nach seiner USA-Reise das Bonner Atommachtsstreben, indem er erneut eine „nukleare Ge-

meinschaftslösung“ forderte. Mit Recht protestierten hessische Bürger vor der Villa des SPD-Abgeordneten Schmitt-Vockenhausen, der als Vertreter der SPD-Führung Innenminister Höcherl die Zustimmung zu den Notstandsgesetzen gab.

Während in der Bundesrepublik und der Weltöffentlichkeit eindeutig dokumentiert wurde, daß Kriegs- und Nazi-verbrechen niemals verjähren dürfen, fielen führende SPD-Parlamentarier um und stimmten dem CDU-Täuschungsmanöver eines fünfjährigen Aufschubs zu. Kurz darauf beschlossen sie gemeinsam mit der CDU-Führung die provokatorische Einberufung des Bundestages nach Berlin. Eine Kette von Fakten praktizierter „Gemeinsamkeit“!

Oft sagen uns Genossen der SPD: Wenn man die CDU schlagen will, gäbe es nur eine Alternative, nämlich SPD zu wählen. Alles andere würde bedeuten, die Stimme zu verschenken:

Darauf stellen wir die Frage, wie und womit ist die CDU zu schlagen? Kann man sie mit ihrer eigenen Politik schlagen, indem man — wie es die SPD-Führung versucht — sie rechts überholt? Die Überwindung der Erhard-Politik ist doch nur mit einer echten politischen Alternative möglich. Und nur die Stimme ist nicht verschenkt, die einer solchen Alternativpolitik zugute kommt.

Wen soll man wählen?

Eingangs wurde erwähnt, daß unser Streben nach Aktionseinheit nicht von taktischen Gesichtspunkten bestimmt ist. Wir stellen uns stets die Fragen: Aktionseinheit — wofür? Auf welcher politischen Grundlage? Mit welchem Ziel?

Das gleiche trifft auch für unsere Stellung im Wahlkampf zu. Angesichts der Haltung der SPD-Führung, die die Interessen ihrer eigenen Mitglieder mißachtet, die den Antikommunismus schürt und sich bemüht, jeden gemeinsamen Schritt von Sozialdemokraten und Kommunisten zu verhindern, die die CDU-Politik nicht beseitigen, sondern „besser“ machen will, angesichts solcher Tatsachen ist für Spekulationen kein Raum mehr.

Wir Kommunisten nehmen am Wahlkampf aktiv teil. Wir wollen verhindern, daß die Bundestagsparteien sich wie Katzen um den heißen Brei herumdrücken. Darum richten wir an jeden Bundestagskandidaten solche Fragen, die dem Wähler eine klare Entscheidung erleichtern:

Sind Sie für die Sicherung des Friedens durch Verhinderung einer atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik in jeder Form?

Sind Sie für eine Abrüstungsinitiative der Bundesrepublik und für die Verwendung der eingesparten Mittel im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interesse des werktätigen Volkes?

Sind Sie für den Schutz des Grundgesetzes, für den Ausbau der parla-

mentarischen Demokratie und darum gegen alle Notstandsgesetze?

Jeder, der gleich uns diese Forderungen vertritt, sollte von Bundestagskandidaten und Parteien dazu eine unmißverständliche Antwort verlangen. So wie die 200 Münchener Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre, die von sozialdemokratischen Kandidaten ein entschiedenes Auftreten gegen die Bonner Atomminenpläne, die Herrschaft der Monopole und die Notstandsgesetzgebung forderten. In der Münchener Diskussion erklärte ein SPD-Betriebsrat: In seinem Betriebsräten viele Arbeiter darüber, daß die SPD unglaublich sei, weil sie zuerst gegen die Aufrüstung war und jetzt dafür sei. Ein Arbeiter stellte die Frage, warum Riesensummen für die Bundeswehr verschleudert werden, statt diese Gelder für die Bevölkerung zu verwenden. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Feststellung Erlers: „Bei diesen Verteidigungsausgaben darf es keine Grenze nach oben geben.“

Ein anderer Betriebsfunktionär forderte, die SPD müsse klar gegen die Notstandsgesetze Stellung nehmen, statt die „Verbesserung“ eines unannehmbaren Gesetzes zu versuchen. Die versprochene „Garantie des Streikrechts“ sei durch die gleichzeitig beabsichtigte Zivildienstplicht völlig illusorisch.

Mit der Meinung der Münchener Arbeiter stimmen wir vollkommen überein. Solche Fragen führen zu einer echten und ohne Zweifel notwendigen Bestandsaufnahme über die bisherige Bonner Politik in deren Ergebnis eine neue Politik im nationalen Interesse durchgesetzt werden muß.

Darum wünschen wir den offenen Dialog mit den Bundestagskandidaten. Darum bemühen wir uns um Aussprachen mit sozialdemokratischen Genossen und um Zusammenarbeit unserer Parteiorganisationen in all den wichtigen Fragen, in denen wir Übereinstimmung erzielen können. Es ist unser Ziel, der Aktionseinheit der Arbeiterklasse näher zu kommen und das Bündnis aller antimonopolistischen Volkskräfte zu stärken und so die CDU-Politik zu schlagen. Dieses Ziel gebietet aber zugleich bei der Wahl nicht nach taktischen Gesichtspunkten, sondern im Interesse einer Politik des Friedens und der Demokratie zu entscheiden.

Die Wahlentscheidung muß davon abhängen, wie sich jeder Kandidat, jede Partei zu den politischen Grundfragen des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit verhalten.

Unsere Partei geht verjüngt und gestärkt in den Bundestagswahlkampf. Seit den Bundestagswahlen 1961 fanden mehrere tausend neue Mitglieder, meist junge Menschen, den Weg in unsere Reihen. Auch wenn wir über die Schaffung der Aktionseinheit sprechen, sollten wir daran denken, daß zu einer richtigen und guten Politik unserer Partei auch die notwendigen Kräfte gehören. Je stärker und aktiver unsere Partei in der Öffentlichkeit ist, um so erfolgreicher wird es uns gelingen, die wichtigsten Fragen in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken. Besonders in den Monaten des Wahlkampfes sollten wir neue Mitglieder für die Partei werben. Nur eine politisch und organisatorisch starke Partei ist auch ein bedeutender Faktor in der angestrebten Aktions-einheit der Arbeiterklasse.

Freiheit für die KPD schafft das stärkste Gegengewicht gegen die Willkür der Millionäre und Militaristen. Die KPD erkennt alle Rechte und Pflichten an, die sich aus dem Grundgesetz ergeben. Eine legale KPD stärkt die Demokratie und fördert das Streben nach einer selbständigen Politik in der sozialdemokratischen Bewegung. Sie bringt frische Luft in die stickige Atmosphäre des politischen und geistigen Lebens.

(Aus dem Wahlprogramm der KPD)

Der Politik der CDU eine Niederlage bereiten!

von UWE LINDNER

Die Führer der CDU umgeben sich gern mit dem Heiligenschein, Kämpfer für die nationalen und sozialen Interessen unseres Volkes zu sein. 16 Jahre Herrschaft der Christlich-Demokratischen Union hat jedoch gezeigt, daß diese Partei das willfähige Instrument der ärgsten Feinde unseres Volkes, der großen Monopole und Bankherren ist, und aus purem Profit- und Machtstreben unsere Bevölkerung an den Rand einer neuen Katastrophe gebracht hat.

Schon lange bevor die Hitler und Goebbels in Rauch aufgingen, machten sich einflußreiche Vertreter der Industrie, der Großbanken und Junker Gedanken darüber, wie sie ihre Herrschaft auch nach der totalen Niederlage aufrechterhalten könnten. Sie spannen Fäden zu Politikern, die in der Weimarer Zeit eine gewisse Rolle gespielt hatten, insbesondere zu christlichen Gewerkschaftsführern. Hierbei machte man sich zunutze, daß die Nazi-Partei die religiösen Bekenntnisse angegriffen hatte. Der von gewissen kirchlichen Gruppen geleistete Widerstand wurde hochgespielt, überbewertet und als der Widerstand gegen die Nazis hingestellt.

Auch einflußreiche amerikanische imperialistische Kreise wollten auf jeden Fall verhindern, daß die militärische Niederlage der Nazi-Armeen und der Zusammenbruch des Dritten Reiches auch das Ende des Kapitalismus in Deutschland wurden, weil das ernste Gefahren für das weitere Bestehen des Kapitalismus in ganz Europa gebracht hätte und nicht ohne Auswirkungen auf die USA geblieben wäre. Hier trafen sich also die Klasseninteressen deutscher und amerikanischer imperialistischer Kreise.

Die Monopolherren mußten schon sehr bald erkennen, daß im östlichen Teil Deutschlands die entfalteten Volkskräfte für eine demokratische Entwicklung eintraten und daß die Monopole nicht mehr schalten und walten konnten, wie sie wollten. Deshalb war der 8. Mai 1945 die bisher

größte Niederlage für den deutschen Imperialismus.

Die Parteigründungen in den westlichen Besatzungszonen waren von Anfang an von dem Bestreben diktiert, eine wirklich demokratische Entwicklung, wie sie dem Willen der westdeutschen Bevölkerung entsprach, zu unterbinden. Aber nach zwölf Jahren Nazi-Herrschaft mußte man etwas Neues bringen. Deshalb gab man sich „demokratisch“ und „rechtsstaatlich“. Da die klerikalen Sozialtheorien eine Verschleierung des Wesens der kapitalistischen Produktionsverhältnisse darstellen, glaubte man, durch sie und unter Mißbrauch religiöser Gefühle und Institutionen den Einfluß auf breite Schichten des Volkes erhalten zu können.

Der wieder in sein Amt als Oberbürgermeister von Köln eingesetzte Konrad Adenauer wurde bald die treibende Kraft in Köln und in der britischen Besatzungszone. Auch er begriff, daß der 8. Mai die bisher größte Niederlage für den deutschen Imperialismus bedeutete. Er setzte alles daran, um wenigstens in den westlichen Besatzungszonen die alten Kräfte wieder zu restaurieren. Dabei arbeiteten die Kreise um Adenauer von Anfang an auf die Spaltung Deutschlands, auf die Spaltung der Nation hin. Ehemalige Zentrums-Politiker, Angehörige der früheren Bayerischen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen Volkspartei fanden sich in der „neuen Gesellschaft“, der CDU, zusammen. Auch christliche Arbeitergruppen gehörten der CDU an. Aber diese Partei war dennoch von Anfang an das Sammelbecken der alten reaktionären Kräfte, der Konzernvertreter, der Junker und Herrenreiter. Diese reaktionären Kräfte wurden auch innerhalb der Restauration zur politisch entscheidenden Kraft.

Eine entscheidende Rolle bei der Schaffung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen spielten die imperialistischen Besatzungsmächte. „In der amerikanischen Besatzungszone wurden vor allem solche Personen aus der Verwaltung mit Parteineugründungen betraut, die das Vertrauen der Militärbehörden besaßen.“¹⁾ So entstand

¹⁾ „Parteien in der Bundesrepublik“, Stuttgart und Düsseldorf 1956, Seite 44.

die CDU in den Westzonen durch die Hilfe der imperialistischen Besatzungsmächte und als Werkzeug der Monopole, geleitet von der Furcht vor einem demokratischen Deutschland, von der Angst, daß ganz Deutschland auf den Weg des Friedens gelangt.

CDU — Hauptinstrument der Spaltung

Alle Anstrengungen, entsprechend dem Potsdamer Abkommen zentrale Verwaltungsorgane für alle vier Besatzungszonen zu schaffen, wurden von den CDU-Führern in trauter Gemeinschaft mit den westlichen Besatzungsmächten hintertrieben. Sie waren es, die am 27. Mai 1947 in München die Konferenz der Ministerpräsidenten aller deutschen Länder platzen ließen und so die offene Spaltung Deutschlands herbeiführten. Das erste Produkt der Spaltung war der sogenannte Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat, der seine Entstehung einem Abkommen zwischen der britischen und der amerikanischen Militärregierung verdankte.

„Seine Wirtschaftspolitik bildete das erste die Länder der westlichen Besatzungszone zusammenschließende Element. Sie brachte auch die Entfernung von Zuständen und Verhältnissen in der östlichen Zone Rumpf-Deutschlands. Im Bewußtsein, daß dem Wiederaufbau der deutschen Industrie nichts im Wege steht, konnte unter die Zusammenbruchsperiode ein vorläufiger Schlußstrich gezogen werden.“¹⁾

Deutlicher konnte man es nicht sagen: Spaltung Deutschlands, Verhinderung echter demokratischer Maßnahmen, Wiedererrichtung der Macht der Monopole!

Im Programm zu den ersten Bundestagswahlen sagte die CDU nichts von Rüstung, aber Adenauer hatte schon eine Expertengruppe beauftragt, Wiederaufrüstungspläne auszuarbeiten. Und Adenauer hatte die Pläne zu diesem Zeitpunkt bereits in der Hand.

Weder in einem Wahlprogramm

¹⁾ Schwering: „Vorgeschichte und Entstehung der CDU“.

²⁾ „Parteien in der Bundesrepublik“, S. 98.

³⁾ „Für eine friedliche und demokratische Bundesrepublik“ — Wahlprogramm der KPD.

Innenpolitisch wurde in den ersten programmatischen Diskussionen der neu entstandenen CDU-Gruppen die Errichtung eines „geistigen Dammes“ gegen „die überall hervorschießenden sozialistischen und kollektivistischen Gedanken“ gefordert.²⁾

noch in den verschiedenen Leitsätzen der CDU ist die Rede von Atomwaffen. Doch der Generalstab der Bundeswehr forderte in seinem berühmten Memorandum von 1960 ganz offen Atomwaffen. Natürlich war das mit Adenauer abgekartet.

In den Wahlprogrammen der CDU/CSU wird die Demokratie in hohen Tönen gepriesen. Doch die Partei, die am konsequentesten für die Demokratisierung des Lebens in der Bundesrepublik kämpft — die KPD — wurde verboten. Durch die drohenden Notstandsgesetze sollen den Werktätigen alle noch vorhandenen demokratischen Rechte geraubt werden.

In keinem Wahlprogramm der CDU steht etwas gegen die Wiedervereinigung, aber alles, was führende CDU-Leute von der Gründung an über Parlamentarischen Rat, über den Beitritt zur NATO bis zur MLF und bis zum Atomminengürtel gesagt und getan haben, vertieft die Spaltung Deutschlands. So hat die CDU seit ihrer Gründung die Werktätigen betrogen. Die Wähler der CDU/CSU wurden getäuscht. Die CDU sagt nicht, was sie tut, und was sie sagt, das tut sie nicht.

„Dieses politische Programm der letzten 15 Jahre ist von Anfang an unreal gewesen. Es beruht auf Spekulationen, die sämtlich durch die Tatsachen, durch die veränderte Lage in Deutschland und in der Welt widerlegt sind. Die ‚Politik der Stärke‘, das alte Machtdenken und die Überheblichkeit der herrschenden Kreise haben der Bundesrepublik das Mißtrauen der Völker und Staaten in Ost und West eingebracht und unser Land immer mehr isoliert. Das Fehlschlagen dieser Politik war schon sichtbar, als Adenauer zurücktreten mußte. Dennoch setzte Erhard den alten Kurs fort. So führte er die Bonner Politik in die Krise.“³⁾

Die CDU — die Partei der Monopolherren

Von Anfang an gehörten der CDU solche prominenten Mitglieder an wie der Nazi-Bankier Pferdengies, der Chef des Klöckner-Konzerns Günter Henle, der Ruhr-Magnat Heinrich Kost, der Bankier Abs u. a. Die CDU/CSU ist die Partei der Monopolherren. Im „Wirtschaftsrat“ der CDU sitzen über 100 Vertreter aller großen Konzerne und wirtschaftlichen Vereinigungen. Dem Fraktionsvorstand der CDU gehören die Vertreter des Bundesverbandes der Industrie an und sind dort tonangebend. Chronisten der CDU haben sich einmal an die Wahrheit gehalten, wenn sie feststellten:

„Die Sanierung der westdeutschen Wirtschaft begann, sozial gesehen, von oben her, indem sie gerade jene Teile der Volkswirtschaft, die als Groß- und Grundindustrie bisher den schärfsten Angriffen ausgesetzt und die von alliierter Seite durch Entflechtungsmaßnahmen einer vorübergehenden Auflockerung und Kontrolle unterworfen worden waren, Kohle, Eisen, Energie- und Verkehrswesen, zuerst und am stärksten förderte. Die sozialistischen Programmpunkte wurden, da es um die Wiedereingasetzung des Wirtschaftsgebiets von der Schwerindustrie her ging, den neuen wirtschaftspolitischen Zielen untergeordnet und außer Kraft gesetzt.“⁵⁾

Über welchen Einfluß die Monopole in der Bundesrepublik verfügen und wie der staatsmonopolistische Kapitalismus in der Praxis aussieht, zeigt ein Beispiel besonders deutlich: Als die Bonner Regierung auf Grund ihrer Politik der Einmischung in die Belange der arabischen Völker und der provokatorischen Waffenlieferungen an Israel in eine hoffnungslose Isolierung geraten war, griffen die Rüstungskonzerne direkt ein und entsandten den bis dahin wenig bekannten CDU-Abgeordneten Birrenbach nach Israel. Birrenbach ist der Generalbevollmächtigte für das Vermögen der Tochter und Witwe von Fritz Thyssen, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Thyssen-AG, Vizepräsident der Fritz-Thyssen-Stiftung in Köln, Mitglied des Auf-

sichtsrats der Deutschen Edelstahlwerke in Krefeld, der Niederrheinischen Hütte AG in Duisburg und der Westfälischen Union AG in Hamm. Auf direkten Vorschlag der westdeutschen Rüstungskonzerne ernannte ihn Erhard zum Sonderbeauftragten in Israel, um die Waffenlieferungen für diesen imperialistischen Vorposten auch in der Zukunft zu sichern.

Noch niemals zuvor gab es eine solche Konzentration des Kapitals in wenigen Händen wie unter Adenauer und Erhard. Noch niemals haben die Monopolherren solche Riesenprofite erzielt wie unter der CDU/CSU-Regierung, während der Anteil der Arbeiter an den Ergebnissen der Arbeit zurückgeht.

In dem vom Zonenausschuß der CDU für die britische Besatzungszone 1947 beschlossenen „Ahlener Programm“ gingen die CDU-Führer demagogisch auf die Forderungen der Arbeiter ein. Um der Stimmung der breiten Volksmassen nachzugeben, tritt man gegen „eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht“ auf. Es wird von der „Anwendung des machverteilenden Prinzips“ gesprochen, die „Mitbestimmung“ der Arbeiter verlangt und die „Bodenreform“ gefordert. Ministerpräsident Meyers von Nordrhein-Westfalen gab später offen zu, daß man mit diesen Forderungen die Stimmung unter den Werktätigen auffangen wollte.

Die Differenzen in der CDU/CSU sind im Wachsen begriffen. Zwar ist die CDU die Partei der Monopolherren und Multimillionäre, aber ihre Massenbasis sind die Arbeiter, Bauern, Kleingewerbetreibenden, Geschäftsleute, Handwerker usw. Aus der Verschiedenartigkeit der Interessen entstehen Widersprüche. Dabei gerät die offizielle Politik der Partei in immer größeren Widerspruch zu den realen Interessen ihrer Anhänger-schichten. In der Programmatischen Erklärung unseres Parteitages 1963 wurde festgestellt:

„Die Folgen der Adenauer-Politik haben das Vertrauen vieler werktätiger Wähler zur CDU/CSU erschüttert und zu einem Stimmenrückgang dieser Partei geführt. Die

⁵⁾ Parteien in der Bundesrepublik, S. 98.

Interessengegensätze der verschiedenartigen sozialen Kräfte innerhalb der CDU/CSU treten stärker hervor. Christliche Arbeiter und Werktätige wenden sich immer häufiger gegen die reaktionäre Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. In der CDU/CSU werden auch Widersprüche sichtbar zwischen den extrem militaristischen Kräften und anderen Kreisen, die — ohne Atomrüstung und NATO-Kurs aufzugeben — elastischere Methoden in der Durchführung dieser Politik anstreben.“

Der Einfluß der christlichen Werktätigen und des evangelischen und des niederen katholischen Klerus auf die Führung der Partei ist immer mehr zurückgegangen. Die CDU-Führung unter Adenauer verstand es, die Klas-

sengegensätze durch christliche und soziale Demagogie zu übertünchen. Aber unter der Regierung des derzeitigen Kanzlers Erhard bröckelt die Tünche ab.

Auf Grund des Scheiterns der CDU-Politik nehmen die Differenzen auch in der Spitze der CDU/CSU und in der Bonner Regierung zu. Durch ihren wirtschaftlichen und militärischen Machtanspruch hat die Bundesregierung das Mißtrauen ihrer eigenen Verbündeten geweckt. Sie möchten zwar nach wie vor die Bundesrepublik als Speerspitze gegen den Osten benutzen, fürchten aber die zunehmende Stärke der Bundesrepublik. Auf keinen Fall möchten die amerikanischen imperialistischen Kreise in einen Konflikt hineingezogen werden, der von der Bundesrepublik ausgelöst wird.

Großmacht-Chauvinismus und Revanchegeist auf dem Düsseldorfer CDU-Parteitag

Der Parteitag der CDU in Düsseldorf, der von Großmacht-Chauvinismus, Revanchehetze und von politischer und sozialer Reaktion gekennzeichnet war, hat erneut das Programm der aggressiven Kreise des westdeutschen Monopolkapitals verkündet.

Die antinationale, für die westdeutsche Bevölkerung gefahrbringende Politik wird fortgesetzt: Nichtanerkennung und Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges durch Atomrüstung, verdeckter Krieg, Vorwärtsstrategie, Erpressungspolitik und Ablehnung jedes Schritts zur Entspannung und Verständigung. Um die Bevölkerung irrezuführen, wurde in Düsseldorf viel vom Frieden geredet, und es wurden wieder einmal „die Anderen“ beschuldigt, die uns angeblich unsere Erfolge nicht gönnen — genau wie es Hitler auch machte.

Der wahre Inhalt der Politik der CDU und der Bonner Regierungs-Politik ist die Forderung des Kriegsministers von Hassel nach Verfügungsgehalt über Atomwaffen, die Protzerei Erhards mit der Macht des westdeutschen Imperialismus und die Drohung Barzels, mit der Bundeswehr als „eine der besten Armeen der Welt“. Mit der Losung „Es geht um Deutschland“ soll die Bevölkerung getäuscht werden über die hinterhältigen Absichten der Mono-

polisten und Militaristen, deren Partei die CDU war und ist. Ihre Politik bedeutet in Wirklichkeit die Preisgabe aller nationalen Interessen und den Verzicht auf Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit. Mit ihrer chauvinistischen Hetze und ihren antikommunistischen Hetztiraden wollen sie die SPD immer weiter nach rechts treiben. Damit wollen sie auch jeden neuen Vorschlag auf Entspannung überspielen.

Der CDU-Parteitag hat aber erneut bestätigt, daß die politische Konzeption Bonns in eine tiefe Krise geraten ist. Das fand in verschiedenen Parteitagsreden seine Widerspiegelung. Wenn Schröder erklärt, daß man die Entwicklung der letzten 20 Jahre nicht außer Acht lassen dürfe, daß man die Existenz der DDR in Betracht ziehen müsse, daß es schwierig geworden sei, die Bonner Politik durchzusetzen und daß sich die Position der Bundesrepublik in Afrika und Asien verschlechtert habe, so unterstreicht das nur, daß es höchste Zeit ist, Bestandsaufnahme zu machen und die Ursachen für den Scherbenhaufen der Bonner Politik von 15 Jahren CDU-Herrschaft aufzudecken und neu zu beginnen.

Die Ursachen der Krise der Bonner Politik liegen nicht im Versagen

einzelner Personen, sondern in der Aussichtslosigkeit der Politik der Revanche, der Vorherrschaft und des Neokolonialismus. Sie sind begründet in der Stärke des sozialistischen Lagers und insbesondere im weiteren Erstarken der DDR.

Bonn versucht, aus der Krise herauszukommen, aber nicht mit einer neuen Politik, sondern mit derselben alten Revanchepolitik. Dabei wollen sie, wie einige Redner ankündigten, die Methoden wandeln. Aber auch diese „Wandlung“, von der Gerstenmaier sprach, ist nicht neu. Das hat Bonn schon jetzt praktiziert durch die sogenannte Zweigleisigkeit: Politik der Konflikte, der Provokationen und zu gleicher Zeit „Zusammenarbeit“; die Politik der Atomrüstung und dazu der „menschlichen Kontakte“. So glauben sie, das sozialistische Lager aufweichen zu können. Aber die Tagung der Warschauer Vertragsstaaten hat einmütig den Abenteurern in Bonn erklärt, daß solche Versuche zum Scheitern verurteilt sind.

Auf dem Parteitag haben einige Redner die Notstandsgesetze gefordert. Gleichlaufend mit den Atom- und Revanchedrohungen nach außen geht ein verstärkter Kurs der weiteren Beschneidung der demokratischen Rechte im Innern. Das versteckt sich hinter Ausführungen Erhards, von einer Reform der „deutschen Demokratie“, oder von Hassels, für den „die Bundeswehr das stabilisierende Element der Demokratie“ ist. Darüber können viele Worte über das „deutsche Gemeinschaftswerk“ und Reden über die Freiheit nicht hinwegtäuschen.

Der Arbeiterflügel in der CDU kam auf diesem Parteitag überhaupt nicht zu Wort. Dafür wurde in der sogenannten Düsseldorfer Erklärung des Parteitags proklamiert: „Die CDU habe in der Bundesrepublik die Klassen überwunden“. Das wird ausgerechnet in einem Moment erklärt, wo die Profite ein Ausmaß wie nie zuvor erreicht haben, während der Anteil der Arbeiter am Sozialprodukt weiter sinkt.

Viele Arbeiter wählen CDU/CSU oder gehören katholischen oder evan-

gelischen Arbeiterorganisationen an. Man darf nicht übersehen, daß sich ein großer Teil der Werktätigen (und nicht nur die christlichen) von der Verwirklichung der christlichen Sozialprinzipien die Lösung der Probleme ihres gesellschaftlichen Lebens verspricht, wie Überwindung der sozialen Unsicherheit, der Verlorenheit in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, selbst der Ausbeutung.

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, sich mit den gläubigen Teilen der Bevölkerung und auch Teilen des niederen und mittleren Klerus zu verbünden, um mit ihnen eine gemeinsame Front für die Durchsetzung der Lebensinteressen der Werktätigen zu bilden. Die christlichen Werktätigen wehren sich gegen die Versuche der Monopole und des Hohen Klerus, sie in Gegensatz zu den anderen Teilen der Arbeiterklasse zu bringen. Die christlichen Arbeiter werden genau wie ihre kommunistischen und sozialdemokratischen Kollegen mit raffinierten Methoden ausgebeutet. Auch sie sind gegen Notstandsgesetze und Atomminen. Der christliche Werktätige ist ebenso wie seine Kollegen empört über die Verwendung von Giftgas durch die amerikanischen Imperialisten in Süd-Vietnam.

„Die CDU/CSU zu schlagen, erfordert, breite Massen, die bisher unter Mißbrauch der christlichen Religion und mit Hilfe nationaler und sozialer Demagogie von ihr irreführt wurden, von dieser Partei des Monopolkapitals zu lösen und ihnen zu zeigen, daß ihre wahren Interessen in unlöslichem Widerspruch stehen zu der Politik der Monopole und ihrer Erhard-Regierung.“

Die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse schließt die Gewinnung der christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf um die sozialen Interessen, für Frieden und Demokratie ein.“⁶⁾

Es ist die Aufgabe unserer Partei, bei allen Aktionen die christlichen Werktätigen, Anhänger und Wähler der CDU/CSU mit einzubeziehen und ihnen die verhängnisvolle Rolle der Führer der CDU/CSU zu erläutern.

⁶⁾ Max Reimann auf der 4. ZK-Tagung in „Wissen und Tat“, Heft 1/2 1965, S. 23/24.

Die CDU/CSU, die Partei der Milliardäre und Multi-Millionäre, die Partei des nationalen Verrats muß bei den

Wahlen geschlagen werden, wenn eine neue Katastrophe verhindert werden soll.

Ein Beitrag zu den Thesen des „Sozialistischen Bundes“

VON HANS-GEORG WILKE

Der „Sozialistische Bund“ (SB) ist eine Vereinigung linker Sozialdemokraten, hervorgegangen aus dem ehemaligen Fördererkreis des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS). Er wird von Persönlichkeiten repräsentiert, die infolge ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zur Gemeinsamkeitspolitik von Wehner und Erler aus der SPD ausgeschlossen wurden. Der SB hat sich in den letzten Jahren wiederholt zur Gründung einer neuen sozialistischen Partei geäußert. Diesem

Ziel dienen offenbar auch die von ihm veröffentlichten Thesen¹⁾.

In den vom SB veröffentlichten Thesen gibt es unseres Erachtens falsche Standpunkte in Grundfragen der Ideologie und Politik der Arbeiterklasse wie z. B. der Einschätzung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Rolle der Sowjetunion, des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung, ihrer Lage und der Ergebnisse ihres Kampfes.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution — eine Wende in der Menschheitsgeschichte

Einer der ernstesten Fehler in den Thesen des „Bundes“ ist die falsche Einschätzung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Entwicklung und des Kampfes der Sowjetunion und ihrer weltgeschichtlichen Wirkungen. Im Grunde wird die Oktoberrevolution in den Thesen des „Bundes“ negativ eingeschätzt, so, als habe sie die internationale und deutsche Arbeiterbewegung geschwächt und nach 1945 die Wiederherstellung der Macht des Monopolkapitalismus in Westdeutschland ermöglicht. Diese Einschätzung geht ganz offensichtlich an den geschichtlichen Tatsachen vorbei.

Zum ersten Mal in der Geschichte entstanden durch die Eroberung der politischen Macht in einem riesigen Lande die Voraussetzungen, um die Ideen von Marx und Engels, die Ideen von der Befreiung der Arbeiterklasse und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu verwirklichen. Die Oktoberrevolution hat der russischen Arbeiterklasse nicht nur den Sieg über das Kapital, den Großgrund-

besitz und den reaktionären bürgerlich-feudalen Staat gebracht, sie hat auch zum ersten Mal das Beispiel für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus geschaffen.

Der Sieg der Oktoberrevolution war für den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse in vielen Ländern der Welt ein Fanal und steigerte die sozialistische Bewußtheit der Arbeiter in hohem Maße. Unter dem direkten Einfluß der Oktoberrevolution begannen und entwickelten sich die revolutionären Bewegungen in Deutschland, Ungarn und anderen europäischen Ländern. Davon zeugt auch, daß die deutschen und ungarischen Arbeiter sich gleichartige Kampforgane schufen: die Arbeiter- und Soldatenräte.

Als die Imperialisten, erschreckt von den Auswirkungen der Oktoberrevolution, zum Interventionskrieg gegen die junge Sowjetmacht übergingen, erfaßte die Arbeiterklasse aller entwickelten kapitalistischen Staaten eine mächtige Solidaritätsbewegung: „Hände weg von Sowjetrußland!“

Die Oktoberrevolution war nicht nur Ausgangspunkt für die revolutionären

¹⁾ Die Thesen wurden auf der Jahreskonferenz des SB am 18./19. 4. 1964 beschlossen und veröffentlicht.

Bewegungen in den kapitalistischen Staaten, sondern gleichzeitig Anstoß und Kraftquell für den antikolonialen Befreiungskampf. Der große indische Freiheitskämpfer Nehru schrieb über die Oktoberrevolution:

„Die sowjetische Revolution hat die menschliche Gesellschaft ein großes Stück weitergebracht; sie hat eine helle Flamme angezündet, die nicht erstickt werden konnte. Sie hat die Grundlage zu einer neuen Zivilisation gelegt, auf die die Welt zugehen konnte.“²⁾

Unter dem unmittelbaren Einfluß der Oktoberrevolution entwickelten sich mächtige antiimperialistische Befreiungsbewegungen in Asien, die nach dem zweiten Weltkriege zum Sieg der volksdemokratischen Revolution in China und der nationalen Unabhängigkeitsbewegung in Indien führten.

Die Tatsache, daß in einem der rückständigsten Länder der Welt in geschichtlich kurzer Zeit der Sozialismus aufgebaut wurde, während in den hochentwickelten kapitalistischen Staaten in den dreißiger Jahren Massenarbeitslosigkeit und Massenelend herrschte, hat positiv auf die internationale Arbeiterbewegung gewirkt. Sie trug wesentlich zum Wachstum des sozialistischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse bei und stärkte den Glauben an ihre eigene Kraft und Fähigkeit, im Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung Erfolge zu erringen.

In den Thesen des „Bundes“ werden die Auswirkungen des Personenkults um Stalin falsch eingeschätzt. Die Sowjetunion und die KPdSU haben wiederholt auf die schweren Folgen des Personenkults hingewiesen. Zweifellos hat die Verletzung der sozialistischen Demokratie und Gesetzlichkeit dem Ansehen der Sowjetmacht geschadet. Es zeugt von der Lebenskraft der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion, daß trotz des Personenkults der Aufbau des Sozialismus voranschritt, daß im Ringen um den Weltfrieden große Erfolge erzielt wurden.

Welcher Sozialist anerkennt nicht gerade jetzt, 20 Jahre nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus, die gewaltige Rolle, die die Sowjetunion bei der Zerschlagung des barbarischen Nazismus gespielt hat! Sie trug die Hauptlast des Kriege und brachte die größten Opfer. Der Aufschwung des Kampfes gegen Hitlerdeutschland war in vielen europäischen Ländern unmittelbar mit den Siegen der Roten Armee bei Moskau, an der Wolga und in Berlin verbunden.

1945 entstanden mit dem Sieg der Sowjetunion und der Antihitlerkoalition über den Faschismus positive Bedingungen für eine demokratische Entwicklung in Deutschland. Die Verfasser übersehen in ihren Thesen, daß die Sowjetunion im Potsdamer Abkommen Vereinbarungen durchsetzte, die sich ausdrücklich gegen das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus richteten, die die Möglichkeit zur Schaffung eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen deutschen Staates boten.

Die Politik der kapitalistischen Besatzungsmächte stütze sich auf die alten imperialistisch-monopolkapitalistischen Kräfte, auf diejenigen, die das deutsche Volk in die Katastrophe geführt hatten. Unter diesen Verhältnissen hing die Nutzung der durch die Niederlage des Hitlerfaschismus entstandenen Möglichkeiten einer demokratischen Umgestaltung, die Verhinderung der Spaltung Deutschlands entscheidend von der Einheit der Arbeiterklasse und ihrem Bündnis mit allen antifaschistischen Kräften ab. Schumacher und andere rechte SPD-Führer haben aber die Sowjetunion und den Kommunismus zum Hauptfeind erklärt, die Einheit der Arbeiterklasse in den Westzonen verhindert und so zur Wiederherstellung der Macht des Monopolkapitals und der Wiedergeburt des Militarismus beigetragen. In dem Teil Deutschlands, in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, in dem die Einheit der Arbeiterbewegung hergestellt wurde, konnten die im Potsdamer Abkommen niederggelegten Grundsätze einer demokratischen Umgestaltung verwirklicht werden. Während die westlichen imperialistischen Besatzungsmächte die Durchführung

²⁾ Nehru: Entdeckung Indiens, Berlin 1954, Seite 27.

demokratischer Reformen in ihren Besatzungszonen durch direktes Eingreifen verhinderten, hat die sowjetische Besatzungsmacht im Osten

Deutschlands die Durchführung demokratischer Reformen, die den Weg zum Sozialismus öffneten, vor einer Intervention von außen geschützt.

Der Antikommunismus muß überwunden werden

Wir stimmen mit den Verfassern der Thesen darin überein, daß die Arbeiterklasse der Bundesrepublik noch nicht auf der Höhe ihrer politischen Aufgaben ist. Dennoch schätzen wir das Klassenbewußtsein nicht so ein, wie das in den Thesen des „Bundes“ geschieht. (Verkümmert bis auf „letzte Reste“ und „primitive Empfindungen“). Daß in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung eine Entwicklung vorhanden ist, beweisen die Beschlüsse der Gewerkschaften gegen Atomrüstung und Notstandsgesetze, das Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB, betriebliche und überbetriebliche Aktionen und anderes mehr. Diese Entwicklung wird aber immer noch durch den Antikommunismus gehemmt, gegen dessen gefährliche und schädliche Wirkung in den Thesen des „Bundes“ nichts gesagt wird. Für die Sozialisten ist es heute doch kein Geheimnis, daß der Antikommunismus das ideologische Hauptmittel des Gegners zur Verwirrung der Arbeiterklasse ist und er ihn als Bollwerk gegen die Herausbildung und Entwicklung des Klassenbewußtseins und des sozialistischen Bewußtseins betrachtet und anwendet. Professor Wolfgang Abendroth hat Ende Mai 1959 in Frankfurt erklärt:

„Mit der antikommunistischen Propaganda wurde 1918 die erste große

Mordwelle gegen die Arbeiterbewegung in Deutschland begonnen. Der Antikommunismus richtet sich auch heute gegen die eigene Arbeiterbewegung. Die Sowjetunion ist stark genug, dieser Propaganda zu widerstehen, aber die Folgen im eigenen Land wären katastrophal. Der Antikommunismus soll das Volk blind machen, um besser neue Aggressionen vorbereiten zu können.“³⁾

Diese Erkenntnis ist vollkommen richtig. Die Überwindung des Antikommunismus in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung ist eine Hauptbedingung für die Entwicklung der vollen Kampfkraft der westdeutschen Arbeiterklasse. Wir sind uns klar darüber, daß die Basis für die Entwicklung des Klassenbewußtseins und des sozialistischen Bewußtseins der gemeinsame Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus auf allen Gebieten der Ideologie und der Politik ist. Heute vollzieht sich der Kampf in allen nationalen und sozialen Fragen unter den Bedingungen der Existenz zweier deutscher Staaten. Der Antikommunismus richtet sich vor allem gegen die DDR. Deshalb ist die Verbreitung der Wahrheit über die Entwicklung und den sozialistischen Aufbau in der DDR eine Voraussetzung zur Überwindung des Antikommunismus.

Für die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten

In den Thesen sprechen sich die Verfasser für den Kampf gegen die Atomrüstung, für allgemeine und kontrollierte Abrüstung, für energische Schritte zur Demokratisierung, für die Verteidigung der verfassungsmäßigen Grundrechte und für die sozialen und demokratischen Forderungen der Gewerkschaften aus. Nach unserer Meinung steht vor der westdeutschen Arbeiterklasse und ihren Organisationen vor allem auch die Verständi-

gung zwischen den Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten und die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. In den Thesen ist dazu leider nichts gesagt.

Zur Durchsetzung der demokratischen und sozialen Forderungen ist die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller ihrer Organisationen erforderlich. Wir Kommunisten gehen davon aus, daß die Aktionseinheit die Voraussetzung jeder politischen Veränderung zugunsten des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fort-

³⁾ Rede Prof. Abendroths auf dem „Kon-
greß für Demokratie, gegen Restauration
und Militarismus“, Ende Mai 1959 in Frank-
furt (Main).

schritts ist. Wir wollen, daß durch die geschlossene Kraft der Arbeiterklasse, durch ihr einheitliches politisches Handeln die Entwicklung der Bundesrepublik zur Notstandsdictatur und zum Herd eines Atomkrieges verhindert wird. Statt die Arbeiterklasse auf den einheitlichen Kampf zu orientieren, fordern sie die Schaffung einer sozialistischen Partei. Das aber müßte zu einer weiteren Spaltung in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung führen. Die Chancen für die Entstehung einer solchen sozialistischen Partei sehen die Verfasser in der Entwicklung der Bundesrepublik zum „autoritären Staat“, im „Differenzierungsprozeß zwischen dem linken Gewerkschaftsflügel und der staatlich integrierten SPD-Führung“ und einem möglichen „Riß in der SPD“.

Alle diese Faktoren, die hier in den Thesen genannt werden, sind aber für die Arbeiterklasse und ihren Kampf negativ. Niemand bestreitet, daß im

Für eine selbständige sozialdemokratische Alternativpolitik

In den Thesen identifizieren die Verfasser die gesamte SPD mit der Politik ihrer jetzigen Führung um Wehner und Erler. Es wird pauschal erklärt:

„Die auf den Parlamentarismus beschränkte SPD betrachtet sich immer mehr als einen integralen und integrierenden Bestandteil des vom Monopolkapitalismus beherrschten Staates.“⁴⁾

Wir übersehen nicht, daß die Politik von Wehner und Erler auf dieses Ziel gerichtet ist. Gleichzeitig vollzieht sich aber in der SPD ein hartnäckiges Ringen um eine politische Alternative. Die Anträge an den Karlsruher Parteitag aus so starken Parteiorganisationen wie München, Frankfurt, Düsseldorf, Mülheim u. a., der Kampf Max Brauers gegen die Unterstützung der Atomrüstung,

Streben der Bonner Machthaber nach einer Notstandsdictatur die objektive Tendenz des staatsmonopolistischen Systems zum Faschismus zum Ausdruck kommt. Gibt es in der Bundesrepublik nicht Kräfte, die dieser Tendenz entgegenwirken und noch stärker entgegenwirken können als bisher? Ist es nicht gerade die Aufgabe der Arbeiterbewegung, alle Kräfte der Arbeiterklasse zu mobilisieren, um ein weiteres Vordringen der reaktionären militaristischen Kräfte zu verhindern? Wenn man in der „Tendenz zum autoritären Staat“ eine Chance für eine neue sozialistische Partei sieht, dann bedeutet das im Grunde ein doktrinäres Festhalten an der Auffassung: je reaktionärer die Entwicklung, umso besser für den Kampf der Arbeiterklasse. Es ist aber eine bittere Erfahrung aus der jüngsten Vergangenheit, daß die Gefahr eines Krieges umso größer ist, je stärker die Arbeiterbewegung unterdrückt und ihrer demokratischen Rechte beraubt wird.

die Forderung der 200 sozialdemokratischen Betriebsräte in München an ihre Bundestagskandidaten sich gegen die Atomrüstung und Notstandsgesetze zu erklären, die jüngsten Anträge Frankfurter Parteiorganisationen und der südhessischen Jungsozialisten an die Bezirkskonferenz der SPD, das Auftreten von SPD-Parteiorganisationen gegen den geplanten Atomminengürtel und vieles andere beweisen: In der SPD wächst das Unbehagen über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik und über den Gemeinsamkeitskurs von Wehner und Erler. Wir Kommunisten führen mit den SPD-Genossen über die Lösung dieser Aufgaben nicht nur das kameradschaftliche Gespräch, sondern tun alles, damit wir jetzt schon zum gemeinsamen Handeln, zur gemeinsamen Aktion kommen.

Die Arbeiterklasse braucht eine legale KPD

In den Thesen des „Bundes“ wird die Politik und der Kampf der KPD entstellt und verzerrt dargestellt. Wie kann man einer Arbeiterpartei jemals

ihr internationalistisches Verhalten zur Sowjetunion, die Unterstützung ihrer friedlichen Außenpolitik zum Vorwurf machen? Die Verfasser der Thesen machen sich die Sache nicht nur einfach, indem sie die Existenz der KPD leugnen, weil sie verboten

⁴⁾ Thesen des Sozialistischen Bundes (siehe „Sozialistische Hefte“, Hamburg, Nr. 1/63, Seite 46).

ist, sie zeigen gegenüber einer Arbeiterpartei, die vom Klassengegner in die Illegalität gedrängt wurde, auch eine falsche Grundhaltung. Tatsache ist, daß sich heute, trotz 9 Jahren Verbots, die breiteste Öffentlichkeit, Presse, Funk, Fernsehen und die politischen Parteien mit der politischen und juristischen Unhaltbarkeit des KPD-Verbots und den Möglichkeiten seiner Aufhebung befassen. Das kommt nicht von ungefähr. Selbst das „Industrieinstitut“ und staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik müssen zugeben, daß sich die politische Aktivität der KPD verstärkt. In Zehntausenden von Unterschriften fordern Bürger in Petitionen die Aufhebung des KPD-Verbots. Es wäre im Interesse der Verteidigung der Demokratie und der Zurückdrängung des Antikommunismus, wenn auch der Sozialistische Bund, ebenso wie die Professoren Abendroth und Flechtheim dies taten,

sich für die Aufhebung des KPD-Verbots einsetzen würde.

Wir Kommunisten stehen auf dem Standpunkt, eine kameradschaftliche Aussprache über Richtung und Ziele des Kampfes der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung ist notwendig. Es geht darum, die „Politik der Stärke“ und die Parteien, die sie tragen, die CDU/CSU, zu schlagen und eine Politik des Friedens, der Demokratie, des sozialen Fortschritts und der deutschen Verständigung, durchzusetzen. Diese Ziele werden umso eher erreicht, je entschlossener alle Kräfte der Arbeiterbewegung gemeinsam handeln. Wir Kommunisten sind bereit, trotz unterschiedlicher Auffassung in einigen Grundfragen, mit allen Kräften in der Arbeiterbewegung sowohl im Ringen um friedliche und demokratische Ziele, als auch um weitergehende soziale und gesellschaftspolitische Ziele zusammenzuarbeiten.

Der 8. Mai 1945 und das Vermächtnis des deutschen antifaschistischen Widerstandes

von GERHARD RICHTER

Die deutsche Arbeiterklasse und die Friedenskräfte hatten es 1933 und 1939 nicht vermocht, den Machtantritt des Hitler-Faschismus und die Entfesselung des zweiten Weltkrieges zu verhindern. Das deutsche Volk fand auch nicht die Kraft, sich selbst vom Faschismus zu befreien. Es bedurfte des opferreichen Kampfes der Sowjetunion und der antifaschistischen Kräfte in aller Welt, um den Hitlerstaat zu Boden zu zwingen und zu zerschlagen.

Aber es gab auch einen opferreichen deutschen Widerstand gegen das Hitlerregime, es gab ihn bereits vor 1933

und es gab ihn all die schweren Jahre bis zum Zusammenbruch des Faschismus. Sinn und Ziel der Taten und Leiden der illegalen Kämpfer gegen die barbarischste Ordnung der Menschheitsgeschichte war es, den Krieg zu beenden, das Hitlerregime zu stürzen und die nationale Katastrophe zu verhindern. Aus den Kämpfen der Völker der Antihitlerkoalition und aus dem deutschen Widerstand gegen den Faschismus erwuchs dem deutschen Volk die Verpflichtung, sich dieser Opfer würdig zu erweisen und ihr politisches und humanistisches Vermächtnis zu erfüllen.

Die KPD — der entschiedenste Gegner des Faschismus

Es gehört zu den bedeutsamsten Tatsachen deutscher Geschichte, daß es neben dem Deutschland der Schande und Schmach, der Massenmörder, Gaskammern und Schafotte immer das wahre, das humanistische Deutschland gab. Es gab eine Partei, die im Widerstandskampf besondere Aktivität und

Opferbereitschaft zeigte, das war die Kommunistische Partei Deutschlands, die trotz grausamer Verfolgung nicht zu zerschlagen oder gar zu vernichten war. Die KPD, die bereits vor dem Machtantritt des Faschismus verkündete, „Hitler, das ist der Krieg!“, kämpfte für den Sturz der Hitler-

regierung und führte einen heldenhaften Kampf für die Befreiung der deutschen Nation aus faschistischer Knechtschaft und für die Beendigung des Hitlerkrieges. Die Leitung der KPD führte sowohl vom Ausland her als auch im Lande politisch, ideologisch und organisatorisch den antifaschistischen Widerstand. Sie arbeitete ein reales antifaschistisches und demokratisches Kampfprogramm aus und begann, es unter großen Schwierigkeiten und Opfern zu verwirklichen. Die andere große deutsche Arbeiterpartei, die SPD, hatte faktisch aufgehört, als geschlossene Partei zu wirken. Die Führung lehnte die Angebote des Zentralkomitees der KPD für die Schaffung einer antifaschistischen Einheits- und Volksfront ab. Dennoch folgten dem Ruf der KPD-Führung viele sozialdemokratische Arbeiter und Organisationen. Es sei daran erinnert, daß im Dezember 1936 auf Anregung des ZK der KPD ein Aufruf zur Bildung einer deutschen Volksfront, ein programmatisches Dokument, veröffentlicht wurde, das gemeinsam von führenden Kommunisten wie Wilhelm Pieck und

Walter Ulbricht und Sozialdemokraten wie Rudolf Breitscheid unterschrieben wurde und das auch die Unterschriften hervorragender deutscher Schriftsteller und anderer Kulturschaffender wie Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig und Johannes R. Becher trug. Im illegalen Kampf in Deutschland, so in Berlin, im Rheinland, in Westfalen und im Saargebiet, ebenso in der Emigration bildeten sich gegen den Widerstand des Parteivorstandes der SPD Anfänge der deutschen Volksfront heraus.

In den Beschlüssen der Parteikonferenzen 1935 in Brüssel und 1939 in Bern arbeitete die KPD das Programm für die Einigung aller Hitlergegner und für die Schaffung der neuen deutschen demokratischen Republik aus. Mit diesem Programm wies die KPD konkret Weg und Ziel des Kampfes zum Sturz des Hitlerregimes und zur Lösung der Lebensfragen der Nation. Sie arbeitete damit jene Politik aus, die es der Arbeiterklasse nach 1945 in Ostdeutschland ermöglichte, den deutschen Imperialismus und Militarismus mit der Wurzel zu vernichten.

Heroische Beispiele des Kampfes gegen den Faschismus

Als mit dem Überfall auf Polen durch das deutsche Monopolkapital der zweite Weltkrieg ausgelöst wurde, führten die illegalen Parteiorganisationen einen heroischen und opferreichen Kampf für die Lebensinteressen des deutschen Volkes. Es zeugt von den großen politischen und organisatorischen Leistungen der Führung der KPD, daß es in den Jahren des Krieges gelang, den illegalen Widerstandskampf in Deutschland zu verbreitern und eine zentrale Leitung zu schaffen. Die von der Partei gelenkten Widerstandsorganisationen von Uhrig, von Schulze-Boysen-Harnack, von Saefkow - Bästlein - Jacob - Abshagen, von Schumann - Engert - Kresse, von Neubauer-Poser und von Lechleiter haben durch ihren Heldenkampf ein bedeutendes Kapitel deutscher Geschichte geschrieben.

1943 war es gelungen, mit den Geponen Anton Saefkow, Theodor Neubauer, Franz Jacobs und Robert Uhrig eine zentrale operative Leitung im Land zu bilden. Unter ihrer Anleitung arbeiteten im Sommer 1944 in Berlin-

Brandenburg 72 kommunistische Betriebsgruppen und Zellen mit Verbindungen zu etwa 40 anderen Widerstandsgruppen (in Brandenburg, Potsdam, Genthin, Frankfurt/Oder, Beelitz, Teltow, Velten, Eberswalde, Liebenwalde, Oranienburg). Die zentrale Leitung hatte weiterhin Verbindungen nach 19 Städten und Gemeinden Sachsens und Sachsen-Anhalts, nach mehr als 37 Städten und Orten Thüringens. Sie hatte Verbindungen zu kommunistischen und anderen Widerstandsgruppen, zu 29 Städten des übrigen Deutschlands (Hamburg, Bremen, Hannover, Bielefeld, Dortmund, Düsseldorf, Wuppertal, in das Ruhrgebiet, nach Kreuznach, Stuttgart, München, Greifswald, Stettin, Küstrin, Königsberg, Liegnitz, Breslau), ja, sogar bis nach Wien, Prag und Karlsbad, nach Dänemark und Schweden — von den Fronten ganz zu schweigen. „Sie haben vornehmlich im fünften Kriegsjahr die KPD in einem derartigen Umfang wieder aufgezo- gen und die Wehrmacht zu zersetzen versucht, daß hier für das Reich die allerschwersten Gefahren heraufbeschwö-

ren wurden“, heißt es im Urteil gegen Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästel.

Am 12. und 13. Juli 1943 wurde in Krasnogorsk bei Moskau auf Initiative des Zentralkomitees der KPD das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ gegründet. Zu seinen Mitgliedern gehörten Arbeiter und Angestellte, Bauern und Intellektuelle, ehemalige Reichstagsabgeordnete, Soldaten und Offiziere, Kommunisten und Sozialdemokraten, Gewerkschaftsfunktionäre, antifaschistische Schriftsteller und Geistliche. Die Zusammensetzung des Nationalkomitees widerspiegelte die Breite der antifaschistischen Bewegung. Die zwischen den Mitgliedern des Nationalkomitees fraglos bestehenden sozialen und weltanschaulichen Gegensätze wurden zugunsten des gemeinsamen Kampfes um die Lösung der Hauptfragen der Nation zurückgestellt. Von der Sowjetunion ausgehend breitete sich die Bewegung auch unter den deutschen antifaschistischen Emigranten in England, Frankreich, Schweden, Jugoslawien, Grie-

chenland, Dänemark, Mexiko, in der Schweiz und in den USA aus. Das Nationalkomitee übte auch großen Einfluß auf den Widerstandskampf in Deutschland selbst aus. So wurde von Anton Saefkow, Franz Jacob, Theodor Neubauer, Magnus Poser und anderen Funktionären der KPD der Kampf entsprechend der Linie des Nationalkomitees politisch-ideologisch und organisatorisch zentral geleitet.

Die Widerstandskämpfer, wo immer sie ihre Kraft einsetzten — im Rüstungsbetrieb, im KZ, in der Wehrmacht, in der Emigration — retteten die Ehre der deutschen Nation und leisteten ihren Beitrag zum Sieg der Völker über den Faschismus. Viele gaben in diesem Kampf ihr Bestes, ihr Leben: Von den etwa 150 000 eingekerkerten oder in die KZ verschleppten Mitgliedern und Funktionären der KPD wurden Zehntausende ermordet. Der opferreiche Kampf der deutschen Kommunisten hat entscheidend dazu beigetragen, daß in Deutschland der Weg zu einem neuen, demokratischen Leben eingeschlagen werden konnte.

Welcher deutsche Staat wird vor der Geschichte bestehen?

In einem Artikel „Vierundzwanzig Stunden die Wahrheit“ von Wilhelm Alfr¹⁾ wird gesagt: „Der deutsche Widerstand ist der einzige, der keine Siege gekannt hat.“ Diese Behauptung stimmt nicht. Der deutsche Widerstand hat einen Anteil am Sieg der Antihitlerkoalition, und die hoffnungsvolle Entwicklung, die nach 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone begonnen und nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik folgerichtig mit dem Aufbau des Sozialismus fortgesetzt wurde, verkörpert die Ziele der deutschen Widerstandskämpfer von Ernst Thälmann, Rudolf Breitscheid, von Kommunisten und Sozialdemokraten, von Intellektuellen und Christen bis zu Claus Graf Schenk von Stauffenberg.

Dies kann man von der Bundesrepublik leider nicht sagen. Es ist kein Geheimnis, daß in Westdeutschland die gleichen Kreise herrschen, die Hitler ans Ruder brachten und Urheber von zwei Weltkriegen waren. Das Vermächtnis der Opfer des Fa-

schismus wurde in der Bundesrepublik nicht erfüllt, dagegen entspricht es dem Wesen dieses Staates, daß zahllose braune Untäter des dritten Reiches in Amt und Würden sind. Die Hamburger Illustrierte „Stern“ brachte in ihrer 10. Nummer d. J. folgende Leserschrift:

„Es ist kaum zu glauben, wer bei uns nicht alles belastet ist! Würde man heute alle diese Belasteten aus der Regierung, aus dem Parlament, aus den Behörden und aus der Bundeswehr entfernen, so brähe unser ganzer Staat zusammen.“ Welche Seiten und Bereiche der Bundesrepublik man auch betrachten möge — aggressive, entspannungsfeindliche Außenpolitik, Notstandspolitik im Innern, ein von Nazis durchsetzter Staats- und Beamtenapparat, Bildungsnotstand — in jedem Falle und ohne Ausnahme wird bestätigt: Die Bonner Seite der deutschen Bilanz ist ein einziges historisches Defizit: in der Bundesrepublik wurde die Prüfung der Geschichte nicht bestanden.

Der weltbekannte deutsche Schriftsteller Arnold Zweig — in diesem

¹⁾ In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 164 vom 12. 7. 1964.

Artikel schon in Bezug auf das Jahr 1936 einmal erwähnt — wandte sich am 1. März 1965 mit folgendem Appell an die Öffentlichkeit:

„Die Bundesregierung erklärt: Wir müssen mit der Bombe von heute und den Mördern von gestern zusammenleben. Eine solche Auffassung lehne ich kategorisch ab.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt: Wir müssen auf Atomwaffen verzichten und die Verjährung der millionenfachen Massenmorde verhindern.

Dieser Auffassung stimme ich kategorisch zu. Das Jahr 1965 darf nicht mit den Schandflecken in die Ge-

schichte eingehen, die ihm Bonn aufdrücken will.“ Diese Mahnung darf auch in der Bundesrepublik nicht ungehört verhallen.

Der 8. Mai 1945, der 20. Jahrestag der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges, darf niemals den Freibrief für Kriegsverbrecher und Nazimörder bringen. Dieser Tag muß vielmehr der Ausgangspunkt zu neuen Kämpfen gegen Faschismus und Krieg, gegen atomare Aufrüstung, für eine Politik des Friedens und der Demokratie werden. Dann leisten wir einen würdigen Beitrag zur Erfüllung des Vermächtnisses der Widerstandskämpfer in der Bundesrepublik.

Einige Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution in der Bundesrepublik

von HELMUT PETZOLD

Auf der 4. ZK-Tagung sagte Genosse Max Reimann, daß die wissenschaftlich-technische Revolution mit all ihren umwälzenden Folgen auf sozialem Gebiet unter der Herrschaft des Monopolkapitals zum Fluch der arbeitenden Menschen zu werden drohe. Bereits heute sind viele Arbeiter und Angestellte von den Auswirkungen technisch bedingter Umstellungen der Produktion und Rationalisierungsmaßnahmen unmittelbar betrof-

fen. Immer mehr Arbeiter finden in ihrem Beruf keine Beschäftigung mehr und müssen in schlechter entlohnte berufsfremde Arbeit ausweichen, oder aber die gewachsene nervliche Belastung führt zur Frühinvalidität. Die Gewerkschaften beschäftigen sich verstärkt mit dieser Problematik, wie das die im März in Oberhausen stattgefundene II. Internationale Automationstagung der IG Metall beweist.

I.

Die technische Revolution vollzieht sich bei unterschiedlicher Auswirkung und Zielsetzung sowohl in den sozialistischen als auch in den kapitalistischen Ländern und stellt die Arbeiterklasse und ihre Organisation vor die Lösung neuer Aufgaben.

Die wissenschaftlich-technische Revolution bedeutet eine schnelle qualitative Entwicklung der Produktivkräfte. Sie wird u. a. charakterisiert durch das Vordringen neuer Werkstoffe (Plaste), wachsende Bedeutung der Chemie, Vollmechanisierung und Automation sowie die Anwendung elektronischer Steuerungstechnik und

Ausnutzung neuer Energiequellen wie z. B. der Atomkraft.

Im Arbeitsprozeß verringert sich der Anteil der manuellen Operationen, und dem Arbeiter fällt immer stärker die Aufgabe zu, die automatischen Anlagen einzurichten sowie für deren Pflege und Instandhaltung zu sorgen. Obwohl dieser Prozeß erst am Beginn steht, haben große Konzerne der Chemie, der Mineralölverarbeitung, der Elektrotechnik, des Fahrzeugbaus, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie usw. durch weitgehende Mechanisierung und Teilautomatisierung, Datenverarbeitung usw. bereits heute ihre Produktion umgestellt.

Während in den sozialistischen Ländern die technische Revolution der Befriedigung der ständig wachsenden Bedürfnisse dient und alle auftretenden Probleme in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen und persönlichen Interessen gelöst werden, ist im modernen Kapitalismus die Profitsteigerung für die Monopolbourgeoisie auf Kosten der Werktätigen das Ziel der technischen Umwälzung. Die Profitmasse ist in den Konzernen am stärksten gestiegen, wo die Anwendung der neuen Technik und der Erkenntnisse der Wissenschaft am weitesten fortgeschritten ist (IG Farben, Automobilkonzerne, Mineralölverarbeitung u. a.).

Die technische Revolution stärkt die ökonomische und politische Macht der entscheidenden Monopole, die die Ergebnisse der Wissenschaft und Technik in den Dienst ihrer volksfeindlichen Politik der atomaren Aufrüstung stellen und zugleich die demokratischen Grundrechte und die von der Arbeiterklasse erkämpften Zugeständnisse außer Kraft zu setzen versuchen. Insbesondere wird durch staatsmonopolistische Maßnahmen die Kernforschung verstärkt, um in kurzer Frist selbst nukleare und andere Massenvernichtungswaffen herzustellen.

Die Anwendung der Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik in der Produktion erfordert riesige Kapitalmittel für Investitionen. Das führt zwangsläufig zu einer weiteren Konzentration und Zusammenballung der Produktion und des Kapitals in den Händen weniger Multimillionäre. Die einzelnen Konzerne oder auch eine Gruppe von Großkonzernen sind heute nicht mehr in der Lage, die erforderlichen Mittel für Investitionen im Zuge der Automation aufzubringen. Auch deshalb haben sie ihre Macht mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen staatsmonopolistischen Instrument vereint. Beispielsweise stellt der Staat aus Steuermitteln Milliardensummen für die Atomindustrie zur Verfügung, die sich die großen Konzerne wie die IG Farben, Siemens und Flick aneignen. Außerdem erfordert der aus der Automation resultierende riesige Produktionsausstoß gewisse Formen der Regulierung und Planung

der Wirtschaft im Interesse des Monopolkapitals, so weit das unter kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen überhaupt möglich ist. Das zeigt sich u. a. im Steinkohlenbergbau, wo für die nächsten Jahre eine bestimmte Produktionsmenge festgelegt wurde. Diese Aufgaben bei der Leitung und Lenkung der Wirtschaft übertragen die großen Konzerne in zunehmendem Maße dem von ihnen beherrschten Staat. Nur durch den vollzogenen Übergang vom monopolistischen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ist es unter den Bedingungen des Privateigentums an den Produktionsmitteln überhaupt erst möglich, die technische Revolution zu meistern.

Mit der technischen Revolution werden die Widersprüche des Kapitalismus, insbesondere zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Aneignung auf die Spitze getrieben. Das wird auch von den Gewerkschaften erkannt. Z. B. schrieb Otto Brenner in der Zeitung „Metall“ Nr. 24/64: „Der technische Fortschritt führt zu immer größeren Gewinnen, zur größeren Unternehmenskonzentration und einer verstärkten Machtstellung der Arbeitgeber.“

Die mit der Entwicklung der neuen Produktivkräfte einhergehende weitere Vergesellschaftung der Arbeit steht immer mehr im krassen Widerspruch zu den kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnissen. In der Bundesrepublik ist die übergroße Mehrheit von dem Besitz und der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen, während eine Handvoll von Finanzmagnaten allein die ökonomische und politische Macht ausübt. Die Ungerechtigkeit der Vermögensbildung wird immer größer. Weniger als 0,3 Prozent der Bevölkerung sind reicher als 99,7 Prozent des gesamten Volkes. Die Herren des Großkapitals setzen alles daran, um die Früchte des menschlichen Erfindergeistes, dem Fleiß und dem Können Millionen Werktätiger ausschließlich für ihre Profit- und Machtinteressen zu mißbrauchen.

Damit die technische Revolution nicht zum Fluch, sondern zum Segen

für die Mehrheit der Bevölkerung wird, muß die Macht des Monopolkapitals zurückgedrängt und die Ar-

beiterklasse sich in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft den ihr gebührenden Einfluß erkämpfen.

III.

O bwohl die technische Revolution in der Bundesrepublik noch nicht wie in den USA zu einer Massenarbeitslosigkeit geführt hat — dort sind seit Jahren 5 bis 6 Prozent der Beschäftigten von Dauerarbeitslosigkeit betroffen — gibt es auch für die westdeutschen Arbeiter schon ernsthafte Auswirkungen. Das Münchener Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hat errechnet, daß jährlich durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität 1,5 Millionen Beschäftigte freigesetzt werden. In Oberhausen gab die IG Metall bekannt: Bei 21 Industriezweigen verringerte sich die Zahl der Arbeitskräfte in der Zeit von 1956 bis 1963 um 339 000. In 10 dieser Zweige ging die Beschäftigtenziffer um mehr als jeweils 5 Prozent zurück, während die Produktion gleichzeitig um 10 Prozent anstieg. Bisher konnte zwar die Masse der aus ihrer bisherigen Tätigkeit verdrängten Arbeiter und Angestellten in anderen Betrieben oder Wirtschaftszweigen wieder Beschäftigung finden, jedoch war das meistens mit Lohnminderungen, Wegfall zusätzlicher Leistungen, einem weiteren Weg zum Arbeitsplatz, Wohnungsumzug und anderen Nachteilen verbunden. Viele Arbeiter des Bergbaus und der Textilindustrie sind von diesen Auswirkungen besonders betroffen. Wenn sich, wie in den USA, die im vergangenen Jahr festzustellende Tendenz fortsetzt, daß die Produktivität (Wirkungsgrad der Arbeit) schneller steigt als die Produktion, kann auch in der Bundesrepublik unter bestimmten Bedingungen mit Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Schon gegenwärtig sind Millionen westdeutscher Arbeiter und Angestellter von der mit der technischen Umwälzung einhergehenden Änderung der Berufs- und Qualifikationsstruktur betroffen. Für zahlreiche Berufe gibt es in der automatisierten und auch schon in der hochmechanisierten Wirtschaft keine Verwendung mehr. Das gilt vor allem für Handwerksberufe wie Dreher, Schleifer, Zimmerleute, Maurer usw. Auf der anderen Seite

besteht ein ausgesprochener Mangel an neuen Berufen wie Programmierer, Mechaniker elektronischer Anlagen u. a. Die berufliche Degradierung hat dazu geführt, daß heute jeder zweite Arbeiter eine andere Tätigkeit ausübt, als er ursprünglich gelernt hat, und der Anteil der Facharbeiter von 48,1 Prozent im Jahre 1951 auf 39,8 Prozent im Jahre 1962 zurückgegangen ist. Das Internationale Arbeitsamt in Genf schätzt, daß bis 1970 weitere 6 bis 8 Millionen westdeutsche Arbeiter und Angestellte mit ihrer jetzigen beruflichen Qualifikation nichts mehr anfangen können. Weder die allgemeinbildenden Schulen noch die Berufsausbildung ist auf diesen Prozeß eingestellt, noch werden in größerem Umfang notwendige Schulungsmaßnahmen der erwachsenen Arbeiter und Angestellten eingeleitet.

Nach wie vor legen jährlich Hunderttausende Jugendliche ihre Gesellen- bzw. Facharbeiterprüfungen für Berufe ab, in denen es schon in wenigen Jahren keine Verwendung mehr geben wird. Die Regierung und die Unternehmer haben bisher das von den Gewerkschaften geforderte fortschrittliche Berufsausbildungsgesetz verweigert.

Otto Brenner sagte in Oberhausen: „Zehntausende von jungen Menschen werden nicht nur schlecht, sondern auch in Berufen ohne Zukunft ausgebildet. Ihre Energien und Hoffnungen werden auf Ziele gelenkt, die keine sind.“

Mit der verstärkten Rationalisierung und Automation steigern die Monopole die Ausbeutung der Arbeiterklasse unermesslich, wie das auch die Gewinnexplosion des vergangenen Jahres zeigt. Dabei treten eine Vielzahl neuer Probleme auf, von denen hier nur einige angedeutet werden können:

a) Mit der verstärkten nervlich-geistigen Arbeitskraftverausgabung tritt eine weitere Steigerung der Arbeitsintensität ein, die nach gewerkschaftlichen Untersuchungen in den

entwickelten kapitalistischen Ländern in der Bundesrepublik am höchsten ist. Wachsende Frühinvalidität und steigende Unfallziffern sind die Folgen. Nach offiziellen Angaben scheiden 68,5 Prozent der weiblichen und 65,6 Prozent der männlichen Arbeiter sowie 55 Prozent der weiblichen und 43,8 Prozent der männlichen Angestellten noch vor Erreichen der Altersgrenze aus dem Arbeitsprozeß aus. Um dem entgegenzuwirken, ist neben einem besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz, die weitere Verkürzung der Arbeitszeit, längerer Urlaub und zusätzliches Urlaubsgeld sowie eine Herabsetzung des Rentenalters unbedingt notwendig.

b) Arbeit mit stärkerer nervlicher Belastung wird in vielen Fällen schlechter entlohnt als die Arbeit, die mit großen körperlichen Anstrengungen verbunden ist. In vielen Betrieben wird im Zusammenhang mit technischen Umstellungen von den Arbeitern eine neue Lohnfindung verlangt, die dieser nervlichen Belastung wie auch der erhöhten Verantwortung (teilweise bedient ein Arbeiter Aggregate, die bis zu einer Million Mark kosten) Rechnung trägt. Es darf nicht den Unternehmern überlassen bleiben, den Arbeitern ein bestimmtes System der Lohnfindung aufzuzwingen.

c) In den automatisierten Betrieben ist die Mehrheit der Arbeiter noch weniger als bisher in der Lage, die Zusammenhänge des Produktionsablaufs zu erkennen und den Sinn und Zweck ihrer Arbeit einzuschätzen. Damit verstärkt sich der Prozeß der Entfremdung der Arbeit. Otto Brenner schreibt dazu in „Metall“ Nr. 6/65:

„... Der einzelne Arbeitnehmer ist betrieblichen Umstellungen nach dem geltenden Recht fast wehrlos ausgeliefert. Objekt einer ausschließlich auf

Profit bedachten Unternehmensleitung. Schon seit langem ist er zum bloßen Anhängsel der Maschine geworden, ohne die Möglichkeit, in der Arbeit seine persönlichen Fähigkeiten zu entfalten. Würde und Sicherheit wird der arbeitende Mensch nur erlangen, wenn er Teil hat an den Entscheidungen, die seinen Arbeitsplatz angehen...“

d) Mit fortschreitender Automation in den Betrieben wird die gewerkschaftliche Arbeit wie auch die unserer **Betriebsgruppen** erschwert bzw. anderen Bedingungen unterworfen. Die meisten Arbeiter sind an ihren Arbeitsplatz gefesselt und es bleibt keine Zeit mehr für Aussprachen mit Kollegen, Kassierung der Gewerkschaftsbeiträge usw. Außerdem sind die Arbeitsplätze meistens räumlich weit voneinander getrennt. Vor allem die gewerkschaftlichen Vertrauensleute müssen durch die Ausweitung ihrer Rechte in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb verlangt die IG Metall eine teilweise Freistellung von ihrer Arbeit, um mehr Zeit für das persönliche Gespräch mit den Kollegen zu haben.

e) Im Zuge der technischen Revolution vergrößert sich der Anteil der Angestellten und Beamten an der Arbeiterklasse. Ihre Zahl ist von 3,0 Millionen im Jahre 1950 auf 8,6 Millionen 1964 und ihr Anteil im gleichen Zeitraum von 27,4 auf 37,5 Prozent angestiegen. Diese Zunahme ist zu einem beachtlichen Teil auf die gewachsene Zahl von technischen Angestellten zurückzuführen. Die Masse der Angestellten und Beamten sind ein Teil der Arbeiterklasse. Ihre Gehälter sind nicht in gleichem Umfang gestiegen wie die Löhne der Arbeiter, so daß sich auch von dieser Seite eine zunehmende soziale Angleichung mit den Arbeitern abzeichnet.

IV.

Die technische Revolution ist ein objektiver Entwicklungsprozeß der Produktivkräfte und muß von der Arbeiterklasse und ihren Organisationen in ihrem Interesse genutzt werden. Die technische Revolution erfordert gebieterisch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, bietet die Möglichkeit, mehr Wohlstand für die Gesellschaft zu er-

reichen, die Arbeit zu verkürzen und zu erleichtern. Dem steht jedoch die kapitalistische Anwendung der technischen Revolution entgegen. Die technische Revolution bringt nicht automatisch die soziale Revolution mit sich. Diese Erkenntnis dringt auch in den Gewerkschaften durch. Die Zeitung der IG Metall Nr. 24/64 schreibt:

„Leider läßt sich keine Gleichung,

technischer Fortschritt gleich sozialer Fortschritt aufstellen. Die Tendenz der Arbeitgeber geht dahin, die Auswirkungen des technischen Fortschritts einseitig dem arbeitenden Menschen aufzubürden.“

Auch die IG Chemie-Papier-Keramik beginnt sich verstärkt mit dieser Problematik zu beschäftigen, wie das beispielsweise in Nr. 1/65 der „Gewerkschaftspost“ deutlich wird:

„Die Entwicklungen und Erfindungen, die aus dem menschlichen Geist wuchsen, können nicht nur den Sinn haben, größere Gewinne für einzelne zu schaffen, sondern sie müssen auch dazu dienen, die Arbeit zu vereinfachen, zu erleichtern, menschenwürdiger und sicherer zu machen. Vor allem aber müssen sie den Menschen die Möglichkeit geben, besser zu leben, mehr Freiheit zu haben und an den Errungenschaften dieses menschlichen Geistes mehr als bisher beteiligt zu sein. Wir wollen nicht für höhere Gewinne allein unsere Freiheit und unsere Gesundheit opfern.“

Die Gewerkschaften haben in ihrem Grundsatzprogramm und im jetzt beschlossenen Aktionsprogramm einen ganzen Katalog von sozialen Forderungen entwickelt, damit die sozialen Folgen der kapitalistischen Anwendung der Automation abgewendet und die Werktätigen an dem Ergebnis des technischen Fortschritts teilhaben können. Die Forderungen sind vor allem Erhöhung der Reallöhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Verbesserung des Bildungswesens, aber auch die Sicherung des sozialen Besitzstandes bei technisch bedingten Umstellungen. Diese Forderungen sind richtig und notwendig und es gilt den entschlossenen Kampf um ihre Durchsetzung zu führen. Allerdings wird der Kampf um soziale Verbesserung allein noch nicht ihre volle Durchsetzung garantieren, sondern es kommt darauf an, wie es im DGB-Grundsatzprogramm heißt, die alten Besitz- und Machtverhältnisse zu verändern und eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft herbeizuführen.

In dem Maße, wie die Arbeiterklasse die Macht der Monopole zurückdrängt, sich Schritt für Schritt in den Konzernen, in Staat und Gesellschaft den ihr

gebührenden Einfluß erkämpft, kann die technische Revolution zu ihren Gunsten genutzt werden, wird die Arbeiterklasse immer mehr teilhaben an dem von ihr geschaffenen Reichtum, wird sie einen höheren Lebensstandard, eine kürzere Arbeitszeit, ein kulturreiches Leben erringen, wird sie die entscheidendste Voraussetzung für all diese Ziele erreichen: die Sicherung des Friedens. Um die Macht der Monopole zurückzudrängen, den negativen Folgen der Automation im staatsmonopolistischen Kapitalismus entgegenzuwirken, sind grundlegende Reformen im Interesse der Arbeiterklasse notwendig. Es kommt vor allem darauf an, eine echte Mitbestimmung durchzusetzen. Schlüsselindustrien und andere markt- und wirtschaftsbeherrschende Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen und eine demokratische Wirtschaftsplanung im Interesse der Arbeiterklasse zu erreichen.

Im Kampf um diese notwendigen Wirtschaftsreformen wird auch die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik durch die eigenen Erfahrungen und nicht zuletzt durch das Beispiel und die wachsenden Erfolge des Sozialismus in der DDR von der historischen Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung überzeugt werden. Die Vermittlung der Erfahrungen und das Beispiel der DDR ist für die Arbeiterklasse in der Bundesrepublik von großer Bedeutung. Genosse Max Reimann sagte auf der 4. Tagung des ZK:

In der DDR . . . „bestimmen die Gewerkschaften bei allen Entscheidungen in Betrieb und Wirtschaft und tragen so ihren Teil dazu bei, daß jeder Arbeiter mitdenkt, mitplant, mitregiert. Hier ist die Anwendung der modernen Technik verbunden mit der umfassenden Ausbildung der sozialistischen Demokratie, mit dem ständigen Fortschritt in der Hebung des Lebensstandards, in der Entfaltung des geistigen und kulturellen Lebens einer gebildeten sozialistischen Nation.“

In der DDR und in anderen sozialistischen Staaten können die Gewerkschaften der Bundesrepublik studieren, wie unter den Bedingungen des Volkseigentums die Probleme der technischen Revolution gemeistert

werden. Studiendelegationen sollten das in der DDR an Ort und Stelle untersuchen und ein breiter Erfahrungsaustausch zwischen Fachleuten beider Gewerkschaftsverbände, Arbeitswissenschaftlern, Soziologen usw.

★

organisiert werden. Es muß sichtbar werden, daß mit der Kraft der Arbeiterklasse der sozialistischen Länder es viel leichter möglich ist, die antisozialen Folgen im staatsmonopolistischen System zu überwinden.

★

Wenn auch in dem vorliegenden Beitrag nur einige der Probleme, die sich mit der technischen Revolution für die Arbeiterklasse und ihre Organisation ergeben, angesprochen werden konnten, werden sie doch mithelfen, überall eine breite Diskussion zu beginnen, um der kapitalistischen Anwendung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik entgegenzuwirken und eine Alternative der Arbeiter-

klasse herauszuarbeiten. Die Gewerkschaften sollten in Auswertung der II. Internationalen Automationstagung der IG Metall in den Vertrauensleutkörpern und Delegiertenkonferenzen, in den Ausschüssen für Automation, für die kommenden Gewerkschaftstage und den 6. DGB-Kongreß im Frühjahr nächsten Jahres auf der Basis des DGB-Grundsatzprogramms konkrete Beschlüsse entwickeln.

Perspektivplanung bis 1970 und neues ökonomisches System in der Volkswirtschaft der DDR

von ANTON KLEBER und MAX KLOTZ

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik wird im Sommer 1965 den Perspektivplan zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft der DDR bis 1970 beschließen. Dem geht eine umfangreiche Arbeit in den Regierungsdienststellen, den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), den volkseigenen, genossenschaftlichen und privaten Betrieben in allen Zweigen der Volkswirtschaft, im Bildungswesen und im Bereich der Wissenschaft voraus. Bereits im Herbst 1964 sind den Betrieben und Einrichtungen die von der Staatlichen Plankommission erarbeiteten Orientierungsziffern für die Entwicklung bis 1970 zur Ausarbeitung der Planvorschläge übergeben worden. Die Orientierungsziffern sind die Mindestforderungen der Gesellschaft an die Produktionszweige, Betriebe und Einrichtungen. An ihrer Erarbeitung und wissen-

schaftlichen Begründung waren etwa 30 000 Wirtschaftler, Staatsfunktionäre, Wissenschaftler, Techniker, Arbeiter und Bauern beteiligt.

Mit der Übergabe der Orientierungsziele wurde eine gründliche fünfmonatige Diskussion über den Perspektivplan in der ganzen Volkswirtschaft eingeleitet. Jeder Bürger konnte sich mit den betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Aufgaben bis 1970 vertraut machen und direkt auf deren endgültige Formulierung Einfluß nehmen. Die Diskussion ist daher eine wichtige Etappe bei der Planausarbeitung und ein lebendiger Ausdruck der sozialistischen Demokratie. „Bei der Perspektivplandiskussion besteht das Wichtigste darin, daß die Menschen aus innerer Überzeugung bei ständiger Aneignung von höherem Wissen die Aufgaben gründlich beraten und zielbewußt durchführen.“¹⁾

Die wichtigsten Ziele bis 1970

Welche sind die wichtigsten Ziele der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR bis 1970? Die Industrieproduktion wird einen Wert von 125—130 Milliarden Mark erreichen. Das ist eineinhalb mal soviel, wie die Indu-

strie des ganzen ehemaligen Deutschen Reiches im Jahre 1936 erzeugte. 1970 werden die Investitionen 27 bis 30 Milliarden Mark betragen (1963 wurden 16,4 Milliarden Mark investiert). Das Realeinkommen der Bürger der DDR erhöht sich bis 1970 um 20 bis 25 Prozent.

¹⁾ Ulbricht, W., Probleme der Ausarbeitung des Perspektivplanes bis 1970, Die Wirtschaft 1964, Nr. 38, S. 6.

Das zentrale Problem bei der Erfüllung dieser Aufgaben ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität, weil nur auf dieser Grundlage ernsthafte Fortschritte in der wirtschaftlichen Entwicklung erzielt werden können. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität erfolgt — unter Ausnutzung des ganzen Ideenreichtums und der Schöpferkraft der Werktätigen — vor allem durch die ständige und schnelle Einführung der neuen Technik in die Volkswirtschaft. Der Hauptinhalt des Perspektivplanes ist deshalb die Durchführung der technischen Revolution. Dabei geht es in erster Linie um die schnelle Überleitung der neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse in die Produktion. Im Mittelpunkt stehen die weitere Chemisierung der Volkswirtschaft (besonders durch die Entwicklung der Erdölchemie), die vorrangige Entwicklung der Elektrotechnik — als wesentliche Voraussetzung für die weitere Mechanisierung und beginnende Automatisierung der Produktion —, der Übergang zu neuen, hochproduktiven kontinuierlichen Produktionsprozessen sowie der Einsatz solcher Rohstoffe, die einen hohen Nutzen ergeben. Mit der Lösung von Aufgaben der technischen Revolution im Planungsprozeß werden die Bedürfnisse der Bevölkerung, die Steigerung des Verbrauchs an Gütern aller Art usw. wachsen. Der Plan sieht dafür umfangreiche Aufgaben vor. Während es in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus bei der Planung der Konsumtion sehr stark darauf ankam, die erzeugten bzw. importierten Konsumgüter zu verteilen, besteht die entscheidende Frage bei der Planung bis 1970 darin, mit wissenschaftlicher Genauigkeit die künftige Entwicklung des Lebensniveaus der Bevölkerung, der einzelnen Klassen und Schichten vorher zu bestimmen. Es muß Antwort auf Fragen gefunden werden wie: Welchen Einfluß hat die technische Revolution unter Bedingungen des sozialistischen Zusammenlebens der Menschen auf

ihre Lebens- und Verbrauchsgewohnheiten?

Der Perspektivplan bis 1970 ist eine komplizierte Aufgabe, deren Lösung große Anstrengungen erfordert. Zu ihrer Lösung bestehen heute die denkbar günstigsten Voraussetzungen.

1. Die Volkswirtschaft der DDR wird auf der Grundlage des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse, auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln planmäßig geleitet und entwickelt.

2. Die Volkswirtschaft der DDR hat heute — als Ergebnis angestrengter Arbeit — eine hochentwickelte Produktionsbasis. Hinsichtlich der Industrieproduktion nimmt die DDR den fünften Platz unter den europäischen Staaten ein. Die ökonomische Kraft der DDR hat besonders in den letzten Jahren stark zugenommen. Das ist nicht zuletzt auf die Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze der DDR vom 13. August 1961 und die damit verbundene Einschränkung der Störmöglichkeiten der westdeutschen Imperialisten zurückzuführen. Die ökonomische Stärke der DDR fand auf der Leipziger Jubiläumsmesse sichtbaren Ausdruck. Die Hamburger Zeitung „Die Zeit“ schrieb am 12. März 1965: „Die Entwicklung des internationalen Ost-West-Handels und die Fortschritte im wirtschaftlichen Aufbau Mitteldeutschlands haben die These von der Einflußnahme auf die DDR durch den Interzonenhandel ausgehöhlt. Man wird in Bonn Abschied nehmen müssen von der Fiktion, die DDR über die Wirtschaftspolitik zu Zugeständnissen zwingen zu können.“

3. Der Übergang in die neue Perspektivplanperiode ist mit der Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft verbunden. Es war 1963 auf dem VI. Parteitag der SED in den Grundzügen ausgearbeitet worden und wurde in den letzten Jahren schrittweise in die Wirtschaft eingeführt.

Einige Grundzüge des neuen ökonomischen Systems

Das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft entspricht den neuen Bedingungen, die mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse und

dem Fortschreiten der Entwicklung der Produktivkräfte entstanden sind. Das System ist zugleich ein objektives Erfordernis der weiteren Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR. Es stellt

eine Voraussetzung für die Erfüllung des Perspektivplanes bis 1970 dar. Es handelt sich um die schöpferische Weiterentwicklung des bisherigen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.

Der wesentliche Inhalt des neuen ökonomischen Systems besteht darin, exakt und allseitig die ökonomischen Gesetze des Sozialismus mit dem Ziel auszunutzen,

- den Nutzeffekt der gesellschaftlichen Arbeit zu erhöhen;
- den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu beschleunigen;
- alle Möglichkeiten der Wirtschaftskraft zu erschließen und auszu-schöpfen.

Mit dem neuen System sollen alle Vorzüge der sozialistischen Wirtschaftsordnung vollständig genutzt werden. — Es sieht umfassende (komplexe) aufeinander sinnvoll abgestimmte Maßnahmen auf folgenden Gebieten vor:

- der wissenschaftlich begründeten Führung der Volkswirtschaft;
- der auf die Hauptrichtungen der technischen Revolution und auf die Perspektive orientierten wissenschaftlich fundierten zentralen staatlichen Planung;
- der Anwendung eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel;^{*)}
- der bewußten schöpferischen Teilnahme der Werktätigen an der un-

mittelbaren Planung und Leitung der Wirtschaft und einer auf die Zukunft (neue Aufgaben der Technik) orientierten Berufsausbildung und Qualifizierung der Werktätigen.

Von besonderer Bedeutung ist die enge, untrennbare Verbindung der einzelnen Seiten. Deshalb wird auch von einem System gesprochen. Das neue System erfordert unter den konkreten Bedingungen eines hochindustrialisierten sozialistischen Staates wie der DDR, den volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß als einheitlichen Gesamtkomplex im Interesse des Volkes zu planen und zu leiten. Darin besteht die Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems gegenüber dem isolierten, durch privatkapitalistische Interessen geprägten Wirken der Wirtschaftseinheiten (Betriebe, Konzerne) im Kapitalismus. Deshalb nimmt auch im neuen ökonomischen System die zentrale gesamtstaatliche Planung einen bedeutenden Platz ein. Der Volkswirtschaftsplan ist und bleibt das grundlegende Instrument der ökonomischen Politik der DDR. Insofern kann in keiner Weise die Rede von einem „Aufweichen“ des Zentralismus oder von Methoden des Kapitalismus in der Wirtschaftsführung der DDR sein.

Das neue ökonomische System bedingt und gewährt die allseitige Mitarbeit der Werktätigen bei der vollen Ausnutzung aller Kräfte und Produktionsreserven in den Betrieben, Einrichtungen und regionalen Einheiten. Es ist darauf gerichtet, einen Plan auszuarbeiten, der die günstigste (optimale) Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft gewährleistet. Die breite Mitarbeit aller Schichten bei der wissenschaftlichen Begründung der Pläne bringt nicht nur den demokratischen Charakter der sozialistischen Planwirtschaft umfassend zum Ausdruck, sondern sie ist auch Unterpfand für die Durchführung der gestellten Aufgaben. In ihr liegt begründet, daß sich in der DDR ein Wirtschaftswunder vollzieht. Auf diese Weise wird angestrebt, das gesellschaftliche Arbeitsvermögen so einzusetzen, daß mit einem Minimum an Aufwand ein maximales, bedarfsgerechtes Produktionsergebnis erzielt wird.

^{*)} Darunter ist unter anderem das Prinzip der materiellen Interessiertheit aller in der Wirtschaft tätigen Arbeiter, Techniker und Betriebsleiter zu verstehen. Es geht darum, das persönliche Interesse jedes Einzelnen zu wecken, damit alle schöpferischen Kräfte eingesetzt werden können. Für den Arbeiter ist es der Lohn, für den Genossenschaftsbauern der nach geleisteten Arbeitseinheiten bezahlte Anteil an den Ergebnissen der genossenschaftlichen Arbeit. Im Zusammenhang mit dem Arbeitslohn sollen vor allem Prämien und andere Formen von Zuwendungen zur Anwendung gelangen. Mit Hilfe der ökonomischen Hebel sollen allen Werktätigen konkrete und meßbare Ziele gestellt werden, „die ihre Initiative auf eine schnelle Steigerung der Arbeitsproduktivität mit Hilfe des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, durch Senkung der Selbstkosten, die Durchsetzung des Sparsamkeitsprinzips und eine hohe Qualität der Erzeugnisse lenken“. (W. Ulbricht: Das neue ökonomische System der Planung und Leitung ..., S. 80, Berlin 1963).

Neue Aufgaben bei der Planung

Mit Hilfe der Perspektivplanung werden die Entwicklungsrichtungen der Volkswirtschaft erforscht, die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Entwicklung für einen bestimmten Zeitraum ermittelt, die günstigsten Entwicklungsmöglichkeiten fixiert und die Ziele formuliert, auf die das bewußte Handeln von Millionen werktätiger Menschen ausgerichtet werden muß.

Der zentrale staatliche Perspektivplan (und seine Teilabschnitte) ist für die Betriebe und Industriezweige kein Dogma, sondern erfordert im Rahmen der Grundziele des Planes höchstmögliche Aktivität, Selbständigkeit, Schöpferium und Beweglichkeit in den Betrieben und Vereinigungen der Volkseigenen Betriebe (VVB) usw. Reglementierung, kleinliche Bevormundung, unnötige Festlegung von Details durch die Zentrale ist der sozialistischen Planung lebensfremd und würde das ökonomische Wachstumstempo vermindern.

Da es unmöglich ist, alle Einzelheiten der wirtschaftlichen Entwicklung im voraus und zentral festzulegen, ist es notwendig, solche Bedingungen in der Volkswirtschaft zu schaffen, die bestimmte, auf die Durchsetzung der objektiven Erfordernisse des umfassenden Aufbaus des Sozialismus gerichtete Verhaltensweisen der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft sowie der Kollektive (Brigaden, Betriebe usw.) auslösen. Es geht dabei um Verhaltensweisen, um Handlungen, die den Gesamtzielen der Planperiode entsprechen. Das Prinzip der materiellen Interessiertheit muß so entwickelt werden, daß der Grundsatz

durchgesetzt wird: „Alles was der Gesellschaft nützt, muß auch für den Betrieb und für den einzelnen Werktätigen vorteilhaft sein.“¹⁾ Das wird durch die Schaffung und Anwendung eines in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel erreicht. Dazu gehören u. a. Löhne, Prämien, Gewinn, Preise, Selbstkosten der Produktion, Umsatz, Kreditsystem. Ein Hauptproblem besteht dabei darin, daß in den nächsten zwei Jahren ein in sich **geschlossenes** System ökonomischer Hebel entwickelt wird.

Gegenwärtig wird sehr ernsthaft an der Lösung des Problems der Verbindung des zentralen Plans mit dem System ökonomischer Hebel gearbeitet. Das verdeutlicht auch, daß die Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft noch nicht abgeschlossen ist und weiter nach seiner Vervollkommenheit gestrebt wird.

Sowohl der Inhalt als auch die Art und Weise der Ausarbeitung und Einführung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ist Beweis dafür, daß in der DDR die zentrale staatliche Planung mit dem Volk und für das Volk organisiert wird. Sie dient den Grundinteressen aller werktätigen Klassen und Schichten. Im Prozeß der Planung und der Durchsetzung der sozialistischen Wirtschaftspläne werden die demokratischen Grundrechte (Mitspracherecht der Gewerkschaften, Produktionskomitees, direkte Einflußnahme auf die Plankennziffern, Neuerungsbewegung) immer weiter ausgebaut und vervollkommen.

Bemerkungen zur Verbesserung unserer Agitation

DISKUSSIONSARTIKEL DES GENOSSEN E. CARLEBACH

I.

Unsere Gegner arbeiten mit allen Mitteln, auch auf dem Gebiet der Agitation. Die Zeit, da Gendarm und Feldwebel, zusammen mit Kirche und Schule ausreichten, um in der Masse der Bevölkerung das Gefühl der Ohn-

macht und die Bereitschaft zur Unterwerfung unter die herrschende Klasse aufrechtzuerhalten, ist längst vorbei. Heute führt unser Feind die Agitation mit den modernsten wissenschaftlichen Methoden, setzt Milliardensummen daran, um jeden Einzelnen ständig zu beeinflussen, um der Entwicklung des Klassenbewußtseins

¹⁾ „Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“, Berlin 1963, S. 72/73

und des Freiheitswillens vorzubringen.

Welche Aufgaben haben wir nun auf dem Gebiet der Agitation, um uns gegen diese Methoden durchzusetzen? Agitation, so lehrt Lenin, besteht darin, einige wenige Ideen an möglichst viele Menschen heranzubringen.¹⁾ Lenin kennzeichnet damit die besonderen Aufgaben der Agitation, während die Propaganda die Aufgabe hat, viele Ideen in ihrem Gesamtzusammenhang aufzuzeigen, was naturgemäß dann nur für eine geringere Zahl von Menschen möglich sein kann. Es gibt dabei keine absolute Grenzen zwischen Agitation und Propaganda, aber uns interessiert in diesem Zusammenhang das Herantragen unserer Politik an möglichst viele Menschen — die Agitation.

Aufgabe unserer Agitation ist, den Menschen in der Bundesrepublik die Politik unserer Partei verständlich zu machen, sie zum Handeln zu mobilisieren. Es ist klar, daß die verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach ihrer Stellung in der Gesellschaft, nach ihren Lebensbedingungen (auch nach ihrer Vorbildung) verschiedene Interessen haben, wodurch die Anknüpfungspunkte für die Agitation zwangsläufig bestimmt werden.

Jede Agitation muß darum differenziert sein, je nachdem, ob ich mich vor allem an die Arbeiterklasse, an

die Bauernschaft und Handwerker, an Geistesschaffende, an Hausfrauen oder andere Bevölkerungsgruppen wende.

Unter den Bedingungen der Gegenwart ist die Agitation die überwiegende Form des Auftretens und Handelns der Kommunisten. Agitation ist darum nicht die Aufgabe von Einzelnen, etwa besonders spezialisierten Genossen — sie ist die Aufgabe jedes Kommunisten! Voraussetzung dabei ist: Das Begreifen und leidenschaftliche Vertreten der Politik unserer Partei. „Wer selbst nicht brennt, kann andere nicht in Flammen setzen“

Aber es genügt nicht, selbst überzeugt zu sein; man muß andere überzeugen können. Jeder von uns muß lernen, unsere Feststellungen so auszusprechen, daß sie den SPD-Genossen, den Gewerkschaftskollegen, den jungen Mitbürger, den christlichen Gläubigen, an den ich mich wende, ansprechen, überzeugen, mitreißen. Ausgangspunkt der Agitation muß also immer etwas sein, was auch der versteht und anerkennt, der kein Kommunist ist, der unsere Erkenntnisse und unsere Feststellungen von vornherein noch nicht teilt. Ausgangspunkt muß der Gedankengang sein, den mein Diskussionspartner anerkennt, auch wenn er viele andere Dinge, die wir Kommunisten sagen, vielleicht noch nicht begreift.

II.

Lenin hat uns gelehrt, daß die Partei das Ohr ständig am Puls des Volkes, der Arbeiterklasse haben muß. Es gibt vor allem bei unseren Betriebsgruppen viele vorbildliche Beispiele für die Verwirklichung dieser Forderung. Viele unserer Betriebszeiten zeigen in der Praxis, wie wir es machen müssen. Aber wir können nicht behaupten, daß unsere gesamte Partei nach diesem Vorbild arbeitet. Der Gegner hat ein ganzes System der Meinungsforschung aufgebaut — nicht etwa, um dem Willen des Volkes gerecht zu werden, sondern um immer rechtzeitig informiert zu sein, wie das Volk denkt und ent-

sprechend seine Agitation und seine politischen Manöver darauf einzustellen.

„Aus den Erkenntnissen der Tiefenpsychologie abgeleitete Techniken, die sich in der Wirtschaftswerbung bewährten, werden heute auch von politischer Herrschaft benutzt, um große Menschenmassen planvoll zu manipulieren.“²⁾

Wir können nicht Millionensummen für Meinungsforschungsinstitute ausgeben, aber wir haben eine Waffe, die viel wirksamer ist, wenn wir sie richtig einsetzen: unsere Partei. Tausende und aber Tausende Kommunisten leben und wirken als Arbeiter, als Angestellte, als Techniker, als Lehrer und in allen anderen Berufen

¹⁾ Lenin „Was tun?“, Werke V, S. 422.

²⁾ „Herrschen die Souffleure?“ — Rowohlt-Taschenbuch Hamburg 1964, Seite 623.

Tag für Tag mitten unter unseren Menschen in der Bundesrepublik. Wer kann besser als wir erfahren und feststellen, wie die Menschen leben, wie sie denken, was sie wollen, was sie brauchen? Einzige Voraussetzung ist: Wir müssen begreifen lernen, daß es nicht nur darauf ankommt, unsere eigenen Ideen im Kopf zu haben, sondern daß jeder Kommunist zu jeder Stunde ein offenes Ohr für jeden seiner Mitarbeiter, für jeden seiner Mitmenschen haben muß. Hand aufs Herz: Weiß jeder unserer Genossen, was die

sozialdemokratischen Genossen in seinem Betrieb für Auffassungen haben, was sie denken, warum sie so denken? Welche Wünsche, welche Hoffnungen, ja auch welche Illusionen die SPD-Genossen, die Gewerkschaftskollegen, die Jugendlichen haben? Wissen wir das wirklich? Oder begnügen wir uns nicht viel zu oft damit, sie abzustempeln, ihnen ein Etikett anzuhängen, statt daß wir versuchen, ihre Gedankengänge zu begreifen und, davon ausgehend, die überzeugenden Methoden ihnen gegenüber zu finden?

III.

Genosse Max Reimann hat auf der 4. ZK-Tagung über die Notwendigkeit einer Wende in der Arbeit unserer Partei gesprochen, damit die Problematik unseres nationalen Kampfes die Tätigkeit der Gesamtpartei auf allen Gebieten durchdringt. Das gilt uneingeschränkt für die Aufgaben der Agitation.

Begreifen die Menschen in der Bundesrepublik, daß die Vorschläge unserer Partei die einzig mögliche Lösung des Deutschlandproblems darstellen? Begreifen sie, daß die Kommunisten die wirklichen Verfechter der nationalen Interessen unseres deutschen Volkes sind? Es gibt verschiedene Gründe, warum sie es oft noch nicht begreifen: einmal behindert die polizeiliche Unterdrückung unserer Partei und die weitgehende Gleichschaltung von Presse, Rundfunk und Fernsehen, daß wir möglichst vielen Menschen unsere Politik nahebringen können. Zum andern aber liegt es oft genug auch an uns selbst, daß wir den Menschen nicht klar genug aufzeigen, was wir wollen, was unsere Vorschläge bedeuten. Auf jeden Fall können wir

uns nicht auf den Standpunkt von Sektierern stellen und die Menschen, die uns noch nicht begreifen, einfach als „dumm“, als „reaktionär“ oder „korrumpiert“ abstempeln. Wir müssen vielmehr die Art und die Methoden unserer Agitation überprüfen.

Alles, was wir sprechen, alles was wir veröffentlichen — von der letzten Wohngebiets- oder Betriebsgruppe bis zum Zentralkomitee — muß so formuliert sein, daß es den Massen „ohne Übersetzung“ verständlich ist, daß es unmittelbar anspricht. Zur Zeit schleppen wir oft noch dogmatische Methoden mit uns herum, uns durch eine besondere Ausdrucksweise von der Masse der Bevölkerung abzugrenzen und dadurch unverständlich zu machen. In Wirklichkeit jedoch muß ein Kommunist so sprechen und schreiben, daß jeder einfache Mensch geradezu den Drang verspürt, ihm das Wort vom Munde zu nehmen und es weiterzutragen. Noch einmal: Diese Fähigkeiten sollen nicht einzelne, besonders qualifizierte Genossen besitzen, sondern jeder Kommunist.

IV.

Auch die Voraussetzungen für unsere Agitation haben sich gewandelt. Die Arbeiterklasse hat sich das sozialistische Weltlager geschaffen, die Kolonialvölker befreien sich, die faschistischen Armeen haben den zweiten Weltkrieg verloren — die Kapitalisten sind gezwungen, soziale Zugeständnisse zu machen, die früher fast unvorstellbar waren. Diese Zugeständnisse wurden zum Teil in harten Streikkämpfen errungen, zum an-

deren Teil — vor allem bei uns, an der Grenze zur DDR — werden sie von den Kapitalisten als „Abschlagszahlung“ gewährt, um harte Kämpfe zu verhüten. Gleichzeitig versuchen die Kapitalisten natürlich — und keineswegs ohne Erfolg — den Menschen einzureden, es gebe keine Ausbeutung, keine Klassenherrschaft mehr, sondern nur noch einen „Wohlfahrtsstaat“ und „Volkskapitalismus“.

Zur gleichen Zeit geht die offizielle Linie der regierungsmäßigen Propaganda in der Bundesrepublik darauf aus, die Bevölkerung mit den raffiniertesten Methoden der Psychologischen Kriegführung ständig geradezu in einen Zustand der Vorkriegshysterie gegen die DDR, gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten überhaupt zu versetzen. Das Ziel ist nicht, unsere Argumente in irgendeiner Form zu widerlegen, sondern die Menschen dahinzubringen, daß sie Vorschläge, die von unserer Seite kommen, überhaupt nicht annehmen, von vornherein als „vom Feind kommend“ behandeln. Hier hat Bonn in der schändlichsten Weise die Methoden übernommen, die Hitler und Goebbels in ihrer Hetze „gegen Juden und Kommunisten“ entwickelt hatten. Einige Formen und Methoden unserer Agitation, die etwa 1930 richtig waren, müssen auch deshalb auf ihre heutige Anwendbarkeit überprüft werden.

Heute sieht der Durchschnittsarbeiter in einem Autobesitzer nicht mehr den Ausbeuter, wie etwa 1928. Oft glaubt er überhaupt nicht, daß er tatsächlich ausgebeutet wird. Aber: Unsere Menschen spüren die soziale Ungerechtigkeit, die wachsende Kluft zwischen den Reichen und Mächtigen und der Masse des Volkes. Diese wachsende Kluft ist nichts anderes als die von Marx und Engels festgestellte relative Verelendung der Volksmassen im Kapitalismus. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, für soziale Sicherheit spielt darum eine gewaltige Rolle. (Und es zeugt nur für die Besorgnis der Kapitalisten, wenn sie mit allen möglichen Vorschlägen für „Vermögensbildung“ auch auf diesem Gebiet eine Art Abschlagszahlung propagieren, um die Stoßkraft der Arbeiterklasse im Vorfeld des Kampfes abzufangen.)

Die Menschen wollen Ruhe und Frieden. Der Gegner redet ihnen Tag und Nacht ein, die Kommunisten seien „Störenfriede“. Wir müssen darum unermüdlich aufzeigen, wer die wirklichen Störenfriede sind: diejenigen, die wieder Gebiete erobern wollen, die eine „Politik der Stärke“ treiben. Sie um des Profites willen den Frieden des Volkes aufs Spiel setzen. Und wir müssen dabei klarstellen: Frieden gibt es nicht gegen die Kommunisten,

sondern nur mit den Kommunisten und mit den Kräften, die heute für Abrüstung und eine Welt ohne Waffen kämpfen.

Mit dem Wachsen der Arbeiterbewegung, mit der Zerschlagung der Hitlerdiktatur ist das Bewußtsein bei den Menschen gewachsen, daß sie nicht willenlose Objekte, sondern freie Staatsbürger sein wollen. Oft ist damit die Illusion verbunden, in der Bundesrepublik existiere wirklich demokratische Freiheit. Wir beschränken uns nicht darauf, solche Illusionen zu widerlegen. Unsere Politik hat das reale Ziel, die Bundesrepublik zu einem demokratischen und sozialen Friedensstaat zu machen, das Grundgesetz gegen alle Vergewaltigungen und Verfälschungen wieder zur Geltung zu bringen, die von den Regierungen Adenauer und Erhard, von den Generalen der Bundeswehr und von den großen Konzernen durchgesetzt worden sind.

Das ist eine Aufgabe, die im Wahlprogramm unserer Partei formuliert ist, die es im Wahlkampf zu vertreten gilt.

Wir sollten dabei noch stärker als bisher an das berechnete Selbstbewußtsein unserer arbeitenden Menschen anknüpfen: Du bist doch wer, du leistest etwas, du hast Recht auf politischen Einfluß, auf wirtschaftliche Vergütung, auf Mitbestimmung — deine Meinung ist genauso wertvoll und muß genauso zur Geltung kommen wie die eines Millionärs, eines Generals oder eines Zeitungskönigs vom Schlage Axel Springer.

Das Leben im kapitalistischen Staat ist Klassenkampf, tägliche Auseinandersetzung. Darum ist unsere Agitation naturgemäß Auseinandersetzung, Polemik. Die Existenz des Gegners, die Wirkung seiner Parolen ist eine Tatsache, mit der wir uns auseinanderzusetzen haben. Seine Parolen und unsere Argumente schließen einander aus: Wer das eine für richtig hält, wird das andere mit Selbstverständlichkeit ablehnen. Wer begriffen hat, daß unsere Vorschläge für die friedliche Lösung der deutschen Frage der einzig reale Weg zur Rettung der Nation sind, der kann nicht mehr auf die Parole hereinfallen, daß die Kommunisten „Landesverräter“

oder „Agenten“ seien. Aber: so lange er auf diese Parolen hereinfällt, ist er nicht imstande, unsere Argumente sachlich zu prüfen! Es gilt also, die Gehirne von dieser Hetze zu befreien, bevor sie imstande sind, unsere Argumente aufzunehmen.

Wir müssen täglich von neuem beweisen: es sind die Großbankiers und die Rüstungsindustriellen, die bereit sind, unser Volk des Geldes und ihrer Macht wegen verbluten zu lassen — aber es sind die Gegner des

Militarismus und der Ausbeutung, darunter gerade die Kommunisten, die mit dem Volke leben und sterben! Es sind die Generale Hitlers und der Bundeswehr, die bereit waren, halb Europa und ganz Deutschland mit ihrer Methode der „verbrannten Erde“ zu zerstören; die bereit sind, Millionen Bundesbürger mit Atomminen in die Luft zu jagen — aber es sind die Friedenskämpfer, und darunter die Kommunisten, die das Leben der Bundesbürger verteidigen!

V.

Auch die Einstellung des Einzelnen zur Agitation ist heute anders als früher. Die Menschen sind übersättigt durch Fernsehen, Rundfunk und Presse. Sie greifen nicht mehr begierig nach jeder Flugschrift, in der Hoffnung, darin Aufklärung zu finden. Obendrein macht das Arbeitstempo die Menschen müde und abgespannt. Und schließlich werden sie abgelenkt durch alle möglichen Methoden, die der Kapitalismus seit der Großen Oktoberrevolution 1917 entwickelt hat, vom Kino bis zum Camping. Unsere Agitation muß sich darauf einstellen: Schon das erste Wort muß den Angesprochenen packen. Wir müssen kurz formulieren, nicht „alles bringen wollen“. Zu viele Argumente, Ideen, Ziffern in einer Rede oder in einem Artikel schlagen sich gegenseitig tot, machen sich gegenseitig wirkungslos.

Denken wir an Lenin: Agitation heißt, wenige Ideen an viele Menschen weitergeben. Also immer überlegen: Was ist der wichtigste Gedankengang, das wichtigste Argument, der wichtigste Beweis? Wir müssen unsere ganzen Überlegungen darauf abstellen. Nicht noch soundsovieler zusätzliche Dinge suchen und hinzufügen, die die Menschen ermüden, und infolgedessen schließlich sogar abstoßen.

Wir müssen uns einstellen darauf,

welche Vorkenntnisse und welche Vorstellungen die Menschen haben, an die wir uns wenden. Was wir sagen, müssen wir ihnen bildlich, sogar personell sichtbar machen. Fragen wir uns doch selbst: Wer kann sich etwas vorstellen unter dem Begriff „die Monopole“? Aber es sollte uns zu denken geben, daß bis heute noch die Agitation der alten marxistischen Sozialdemokratie und der KPD aus den Jahren vor 1933 nachwirkt mit der Bloßstellung des Kanonenkönigs Krupp! Haben wir auch nur versucht, die heutigen Rüstungsprofiteure, wie Flick, Abs usw. so bildhaft und persönlich vor unserem Volke anzuprangern?

Eine weitere Frage: Welcher Arbeiter, welche Hausfrau kann sich etwas vorstellen unter „20 Milliarden Mark“. Das ist die tatsächliche Summe der jährlichen Rüstungsausgaben in Bonn. Manche glauben, wenn sie noch ein oder zwei Milliarden dazu rechnen, dann würde das „wirksamer“. In Wirklichkeit wird es nur noch mehr unvorstellbar. Die einprägsamste Darstellung hat eine bürgerliche Illustrierte gebracht: Mit den Geldern, die für die Rüstung ausgegeben wurden, könnte für jeden Bundesbürger ein Mercedes gekauft werden! Wir sollten uns ruhig an solchen Formulierungen ein Beispiel nehmen und sie nachzuahmen suchen.

VI.

Einige Grundregeln für den Agitator.

1. Gebrauche niemals ein Wort, das dir selbst oder deinem Gesprächspartner nicht klar ist.
2. Gehe immer davon aus: Was denkt

der Andere? Wenn dich diese Frage nicht beschäftigt, dann bleiben deine Worte wirkungslos.

3. Knüpfe an das an, was dein Partner kennt und anerkennt. Führe ihn von da zu der Schlußfolgerung, die

du beweisen willst. Knüpfe an bekannte Tatsachen an, auch an ein Vorurteil.

4. Beschränke dich auf wenige Hauptgedanken, möglichst auf einen einzigen. Verzichte auf wissenschaftliche Begriffe und Fremdworte, die dir bekannt sein mögen, die der andere aber für Schlagworte hält.
5. Was du sagst, muß packen. Es muß anregen und erregen. Gleichgültigkeit gegenüber dieser Aufgabe ist tödlich für jede Agitation.
6. Es genügt nicht, daß ein Argument politisch richtig ist, es muß darüber hinaus unmittelbar wirksam sein, sonst verpufft es.

7. Dein Argument muß nicht nur verständlich sein, es muß hängenbleiben. Man muß den Drang verspüren, es weiterzuerzählen.
8. Dein Partner wird Tag und Nacht von der gegnerischen Agitation beeinflusst. Darum mußt du dich mit den gegnerischen Argumenten auseinandersetzen, darfst nicht vor „heißen Eisen“ zurückschrecken.
9. Vergiß nie: Dein Gesprächspartner ist ein denkender Mensch. Er wehrt sehr dagegen, geschulmeisternd und belehrt zu werden. Gehe nie davon aus, du seiest der „Klügere“. Sprich und schreibe so, daß der Andere mit Freude deine Gedanken aufgreift.

Unser Interview

Antwort: Die Ergebnisse des Parteiaufgebotes haben zu einer politischen und organisatorischen Stärkung der Partei geführt. Das ist sehr hoch einzuschätzen, denn wenn die Partei ihren politischen Aufgaben gerecht werden will, muß sie nicht nur ideologisch-politisch, sondern auch organisatorisch stark sein. Die neuen Mitglieder, die seit der 3. ZK-Tagung in die Partei aufgenommen wurden, sind im Ergebnis der verstärkten politischen Massenarbeit gewonnen worden. Überall dort, wo die Partei aktiv gegen den Atomminenplan Treitners, für die Verständigung der Arbeiterklasse beider deutscher Staaten, gegen die Zechenstilllegungen usw. kämpfte, wo durch das Auftreten der Kommunisten unsere Partei zu einem Faktor im öffentlichen Leben wurde, ist der Erfolg am größten. Denn bei diesen Bewegungen und Aktionen lernen die Menschen die Politik der Partei kennen, überzeugen sie sich davon, daß die Forderungen der Kommunisten ihren eigenen Interessen entsprechen, und daraus ziehen viele die Schluß-

Genosse Mohn, in der Mitteilung des Politbüros zum Abschluß des Karl-Liebknecht-Aufgebots wird gesagt, daß das KL-Aufgebot erfolgreich abgeschlossen wurde. Kannst Du uns etwas zu den Erfahrungen sagen, die die Partei dabei gesammelt hat?

folgerung, sich in die Kampfgemeinschaft der Partei einzureihen.

Von großer Bedeutung ist, daß im Karl-Liebknecht-Aufgebot viele junge Menschen Mitglieder der Partei wurden. Wir bewerten das als Ergebnis verstärkter Bemühungen vieler Parteiorganisationen nach dem Jugendreferat auf der 3. ZK-Tagung, mit der Jugend über ihre Wünsche und Forderungen zu diskutieren. Unsere Genossen einer süddeutschen Leitung schätzen den Erfolg diesmal qualitativ höher ein als 1962. Während damals nicht selten bereits an der Peripherie der Partei befindliche Freunde aufgenommen wurden, ist es diesmal ein hoher Anteil qualifizierter Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre und auch junger Genossen mit zum Teil sehr beachtlichen Funktionen in der Jugendbewegung.

Beim Thälmann-Aufgebot 1962 waren die Ergebnisse der Werbung oft auf die Aktivität einzelner Funktionäre und Leitungen zurückzuführen. Neu ist jetzt, daß im Karl-Liebknecht-Aufgebot nicht wenige Grundorgani-

sationen durch ihr verbessertes innerparteiliches Leben und ihr Wirken in der Öffentlichkeit gute Ergebnisse erzielten. Das ist ein wichtiger Fortschritt, denn der Erfolg der politischen Tätigkeit der Partei hängt entscheidend von der Aktivität der Grundorganisationen ab. Deshalb hat auch große Bedeutung, daß in Verbindung

mit dem Karl-Liebknecht-Aufgebot neue Grundorganisationen geschaffen wurden und andere ihre politische Arbeit verbesserten.

Man kann feststellen, daß das Karl-Liebknecht-Aufgebot insgesamt dazu beigetragen hat, eine neue Qualität in der Arbeit vieler Parteiorganisationen zu schaffen.

Frage: Genosse Mohn, in der Mitteilung zum Abschluß des Karl-Liebknecht-Aufgebots wird gesagt, daß nicht überall in den Kreisen und Betriebsgruppen alle Möglichkeiten genutzt wurden zur Stärkung der Partei. Kannst Du uns dazu etwas mehr sagen?

Antwort: Es soll hier ganz offen ausgesprochen werden, daß es Kreisorganisationen und vor allem Betriebsgruppen gibt, wo keine oder nur einzelne neue Mitglieder der Partei zugeführt wurden. Das ist ein Signal für das Zentralkomitee und für alle Parteileitungen und zeigt die Notwendigkeit, dort eine Überprüfung der politischen Arbeit der Organisationen vorzunehmen. Einige erste Überprüfungen lehren, daß nach wie vor bei manchen Genossen Hemmungen bestehen, der Partei neue Mitglieder zuzuführen, weil sie aus Sicherheitsgründen darin eine Gefahr für die Partei und für sich sehen. Diese Genossen — zum Teil auch Leitungen — haben ungenügend die Erfahrungen nach dem Parteitag in ihrer Arbeit berücksichtigt und das vom Parteitag 1963 beschlossene Statut noch nicht zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht. Vor allem aber kann man feststellen, daß die legale Massenarbeit noch ungenügend entwickelt ist, daß diese Organisationen meistens streng konspirativ, etwas vom Leben entfernt existieren. Das Zentralkomitee und die Kreisleitungen sollten alle Anstrengungen unternehmen, um diesen Leitungen und Grundorganisationen zu helfen, ihre Schwächen zu überwinden. Viele Genossen erkennen nicht, daß der beste Maßstab für neue Mitglieder der ist, wie der Genosse sich im Friedenskampf oder für die betrieblichen und gesellschaftlichen

Forderungen der Arbeiter einsetzt. Manche Genossen vergessen, wie sie zur Partei kamen, daß sie auch erst in der Partei erzogen wurden. Die Tatsache, daß Betriebsgruppen im Karl-Liebknecht-Aufgebot 20 und mehr Mitglieder in die Partei aufgenommen und in die Parteiarbeit einbezogen haben, beweist, daß keine Gefahr für die Genossen oder die Organisation besteht, wenn die Bestimmungen des Statuts eingehalten werden. Vor allem sollte man den Leitungen und Grundorganisationen in ihrer Tätigkeit helfen, die legale Massenarbeit zu verbessern nach dem Grundsatz: illegal so viel wie nötig, legal so viel wie möglich. Eine weitere Schwäche ist die: Es gibt Funktionäre und Leitungen, die unermüdlich tätig sind, sich aber ungenügend darauf orientieren, die Politik der Partei mit Hilfe der Grundorganisationen durchzuführen. Ihnen ist nicht klar, daß die politische Wirksamkeit der Partei schnell erweitert werden kann, wenn alle Parteiorganisationen, alle Kommunisten mit der Politik der Partei vertraut sind und sie im aktiven Kampf durchführen.

Nur so läßt sich erklären, daß von solchen Funktionären die Neuaufnahme von Mitgliedern oft Wochen und Monate hinausgezögert wird, obwohl diese Kandidaten ihre Bereitschaft, Mitglied der Partei zu werden, erklärt haben.

Frage: Genosse Mohn, das Karl-Liebknecht-Aufgebot wurde im Januar abgeschlossen, zahlreiche neue Mitglieder sind in die Partei gekommen. Wurden sie schon alle in Grundorganisationen erfaßt? Wird die Werbung fortgesetzt?

Antwort: Selbstverständlich müssen alle Leitungen dafür sorgen und auch kontrollieren, daß die neuen Genossen fest in den Grundorganisationen er-

faßt, daß sie dort mit unserer Weltanschauung und mit unserer Politik vertraut gemacht werden. Es ist eine hohe Verpflichtung für alle Leitungen

der Grundorganisationen, die jungen Genossen entsprechend ihrem Bewußtsein und ihren Fähigkeiten schrittweise in die legale Massenarbeit einzubeziehen, für ihre Arbeit unter den Massen, in Betrieben und Gewerkschaften anzuleiten. Die Partei verfügt auf diesem Gebiet bereits über Erfahrungen. Viele Genossen, die im Thälmann-Aufgebot 1962 zur Partei kamen, sind jetzt in Funktionen in Grundorganisationen und Kreisleitungen. Unsere alten Genossen haben dabei wertvolle Hilfe und Erziehungsarbeit geleistet. Das sollte man jetzt verstärkt weiter tun.

Das Zentralkomitee wird ebenfalls alles unternehmen, um den neuen Genossen die Möglichkeit zu geben, sich mit unserer Wissenschaft, dem Marxismus-Leninismus, besser vertraut zu machen. Wir empfehlen den neuen Genossen auch, die Deutsche Demokratische Republik zu besuchen, um den Aufbau des Sozialismus zu studieren.

Die Erfolge, die im Karl-Liebknecht-Aufgebot erzielt wurden, unterstreichen, welche großen Möglichkeiten gegeben sind, die Partei durch Aufnahme von neuen Mitkämpfern zu stärken. Viele Bezirks-, Kreisleitungen und Grundorganisationen haben sich nach dem offiziellen Abschluß des Karl-Liebknecht-Aufgebots in Verbindung mit dem Bundestagswahlkampf, den Betriebsrätewahlen, den Aktionen zum Ostermarsch, zum 1. Mai und 8. Mai neue Aufgaben zur Stärkung der Partei gestellt. Ich bin der Meinung, daß sich für alle Leitungen und Grundorganisationen im Kampf gegen die antinationale, bankrotte Bonner Politik, für eine nationale und demokratische Alternative, wie sie auf der 4. ZK-Tagung beschlossen wurde, neue große Möglichkeiten ergeben, die Reihen der Partei zu stärken. Die Werbung neuer Mitglieder darf keine vorübergehende Sache sein, sie muß zum ständigen Bestandteil der Arbeit jeder Grundorganisation werden.

Berichte und Tagungen

Über den friedlichen Weg zum Sozialismus

Vorbemerkung der Redaktion: An der Internationalen Wissenschaftlichen Session anlässlich des 100. Jahrestages der I. Internationale in Berlin nahmen über 100 marxistische Wissenschaftler und leitende Funktionäre der kommunistischen und Arbeiterparteien aus 40 Ländern teil. In der Beratung sprachen als Vertreter unserer Partei die Genossen **Max Schäfer** und **Josef Schleifstein** über grundlegende Fragen des friedlichen Weges zum Sozialismus. Nachstehend Auszüge aus ihren Beiträgen:

I

Die vor unserer Partei stehenden Aufgaben machen eine weitere Ausarbeitung der Probleme der friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution erforderlich, erklärte Genosse **Max Schäfer**. Die Ausarbeitung dieser Probleme ist notwendig sowohl für die Lösung der Tagesaufgaben, zur Klärung der sozialistischen Perspektive, die sich der Arbeiterklasse bietet, zur Gewinnung neuer Kräfte als auch für den Kampf gegen revisionistische und dogmatische Anschauungen, gegen den linken Opportunismus, der durch pseudo-revolutionäre Phrasen von der Lösung der

gegenwärtigen Aufgaben ablenkt und damit den Kampf um das sozialistische Ziel schweren Schaden zufügt. Der Parteitag der KPD 1963 unterstrich in seiner Programmatischen Erklärung, daß der ganze Lauf der Entwicklung, der zum Sieg des Sozialismus führt, einen Druck auch auf die Situation in der Bundesrepublik ausübt. In Bezug auf das unmittelbare strategische Ziel wurde vom Parteitag die Aufgabe gestellt, für die Verwandelung der Bundesrepublik in einen demokratischen und sozialen Friedensstaat zu kämpfen. In der Programmatischen Erklärung heißt

es: „Die KPD tritt für den friedlichen Weg der sozialistischen Umwälzung in der Bundesrepublik ein. Die Möglichkeiten dafür wachsen mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus in der Welt und in Deutschland.“

Wir sehen für die Bundesrepublik die Möglichkeit der friedlichen Entwicklung der sozialistischen Revolution trotz der Stärke der Monopole und ihres Staatsapparates. Die Voraussetzung dafür ist die weitere Entwicklung der Volksbewegung für Frieden, für den Schutz des Grundgesetzes und der demokratischen Rechte. Ein Ausdruck für Fortschritte, die wir auf diesem Wege haben, ist nicht zuletzt die zunehmende Bewegung für die Aufhebung des Verbots unserer Partei.

II

In Westdeutschland, unter den Bedingungen des Staatsmonopolismus und des Bestehens eines sozialistischen Staates, der Deutschen Demokratischen Republik, erhält jede Aktion für Reformen, selbst wenn es sich nur um Forderungen zur Verbesserung der Lebenslage der Werktätigen handelt, schnell politische Bedeutung. Das wurde sehr deutlich beim Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, wo sofort neben den Lohnforderungen Losungen gegen die Rüstungspolitik und für mehr demokratische Rechte auftraten.

Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, ihre ökonomischen Erfolge, ihr vorbildliches Bildungssystem, ihre vorbildliche Regelung der Sozialversicherung usw. erleichtern es der Arbeiterklasse Westdeutschlands, Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage durchzusetzen. In der Tat ist es so, wie ein Konzernvertreter während des Lohnkampfes 1963 sagte, daß die Monopole das Vorhandensein der DDR bei den Klassenauseinandersetzungen in Westdeutschland immer berücksichtigen müssen. Andererseits erlaubt den Monopolen ihre ökonomische Stärke vielerlei Zugeständnisse und erhöht ihre Manövrierfähigkeit.

Von vielen Gewerkschaftern, auch von führenden, wird darauf hinge-

Damit die Arbeiterklasse ihre Aufgabe erfüllen kann, ist es notwendig, in den täglichen Aktionen um die Verbesserung ihrer Lebenslage, um Demokratie und die Verteidigung des Friedens, die Einheit des Handelns von sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeitern herzustellen. In diesen Aktionen stärkt sich das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse. Die Aktions-einheit wird zugleich zum machtvollen Hebel für das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, der Intelligenz und den städtischen Mittelschichten im Kampf gegen die Allmacht der Monopole, für ihre ökonomischen und politischen Interessen, der auch diese Schichten an den Kampf um den Sozialismus heranzuführt.

wiesen, daß die wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus zu einer weiteren Verschärfung des Konzentrationsprozesses und damit zu einer Verstärkung der Macht der Monopole führt. Daß sie andererseits, und das zeigt sich in Westdeutschland trotz der Hochkonjunktur schon in einzelnen Industriezweigen, den Arbeitsplatz der Arbeiter gefährdet und die Arbeiterklasse mit einer technologischen Arbeitslosigkeit bedroht. Die wissenschaftlich-technische Revolution führt zu einer weiteren Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus, vor allem des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit sowie des Gegensatzes zwischen den Monopolen und allen nichtmonopolistischen Schichten, zu einer Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Viele Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß die Gewerkschaften sich nicht auf den Kampf für die Tagesinteressen beschränken dürfen.

Wie die wissenschaftlich-technische Revolution im Sozialismus zur Verbesserung des Lebens des Volkes genutzt wird, spielt bei uns durch das Beispiel der DDR und ihrer ökonomischen Erfolge natürlicherweise eine besondere Rolle. Die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution zeigen der Arbeiterklasse in den

kapitalistischen Ländern verstärkt die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus, erleichtern und verpflichten uns zugleich, in stärkerem Maße die sozialistische Perspektive der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk zu zeigen. Sie ermöglichen nicht nur, die Arbeiterklasse für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, sondern auch andere werktätige Volksschichten, deren Existenz durch die verstärkte Konzentration des Ka-

pitals vernichtet wird oder wie die technische Intelligenz in den Monopolibetrieben selbst der Ausbeutung unterliegt.

Die Erfahrungen unseres Kampfes weisen auf die Notwendigkeit hin, den täglichen Kampf für die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, für ihre demokratischen Rechte und für den Frieden noch enger mit der sozialistischen Perspektive zu verbinden.

III

Unter den gegenwärtigen Bedingungen — so führte Genosse Josef Schleifstein aus — werden tiefgreifende soziale und demokratische Reformen zum direkten Hebel der revolutionären Umgestaltung, zu einer Form der Entwicklung des revolutionären Prozesses. Über diese allgemeine Voraussetzung dürfte man sich einig sein. Gewiß ist ein Hebel noch nicht die Macht selbst. Die Frage der Veränderung der Machtverhältnisse, der Erringung der entscheidenden Positionen in der Staatsmacht durch breiten und machtvollen außerparlamentarischen und parlamentarischen Kampf der werktätigen Massen bleibt nicht nur die wichtigste, sondern auch die schwierigste Frage der sozialistischen Revolution.

Uns scheint, daß die Schwierigkeiten nicht darin bestehen, die große Bedeutung des Kampfes um tiefgreifende soziale und demokratische Reformen für die Heranführung der Massen an die sozialistische Revolution anzuerkennen, ja nicht einmal darin, sie als einen Hebel und eine Form der Entwicklung der sozialistischen Revolution zu begreifen. Die Schwierigkeit beginnt eigentlich erst dort, wo es um die konkrete Ausarbeitung der Wege und Methoden des Heranführens der Massen an den

Kampf für tiefgreifende soziale und demokratische Reformen geht. Die für die Zusammenarbeit mit dem Monopolkapital eintretenden rechten Führer der SPD, die gegenwärtig den Kurs der Partei bestimmen, haben nicht nur die traditionellen sozialistischen Ziele, sondern selbst solche Reformforderungen wie die nach Nationalisierung der Schlüsselindustrien und nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in Betrieb und Wirtschaft aufgegeben. In den Gewerkschaften aber halten zahlreiche sozialdemokratische Funktionäre und Mitglieder an diesen Reformforderungen fest. Gegen den Widerstand der rechten Kräfte wurde durchgesetzt, daß diese Forderungen in das neue Grundsatzzprogramm der Gewerkschaften Aufnahme fanden. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die im Gewerkschaftsprogramm und in anderen Gewerkschaftsbeschlüssen enthaltenen Reformforderungen wirklich zur Grundlage von Massenaktionen zu machen, sie also aus bloßen Vorschlägen in unmittelbare Kampfziele der Arbeiterklasse zu verwandeln. Sowohl viele der Tagesforderungen als auch die weitergehenden Reformforderungen der Gewerkschaften bieten wachsende Möglichkeiten des Zusammenwirkens mit den sozialdemokratischen Massen.

IV

Worin sehen wir heute die besten Ausgangspunkte für die Entwicklung des Kampfes um soziale und demokratische Reformen? Unserer Meinung nach müssen sich die Aktionen der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte für tiefgreifende Reformen im gegenwärtigen Stadium der westdeutschen Arbeiterbewegung

auf der Grundlage und durch die Weiterentwicklung des Kampfes für solche dringenden sozialen und politischen Forderungen entfalten, wie höhere Löhne, längerer Urlaub, kürzere Arbeitszeit, bessere Krankenversicherung, Verhinderung der antidemokratischen Notstandsgesetzgebung, Verzicht auf die Atombewaff-

nung und Kürzung der Ausgaben für militärische Zwecke, Entspannung und Verhandlungen mit der DDR. Was die tiefgreifenden sozialen und demokratischen Reformen betrifft, so können hier, unserer Meinung nach, einige Vorschläge der Gewerkschaften die Ausgangsbasis für gemeinsame Aktionen der Arbeiterklasse sein. Dazu gehören insbesondere die Forderung nach dem Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, Angestellten und ihrer Gewerkschaften bei der Leitung der Betriebe und der Lösung ökonomischer Fragen, die über den Rahmen einzelner Betriebe hinausgehen, sowie die der Nationalisierung bestimmter Schlüsselindustrien und marktbeherrschender Unternehmen. Wir sehen die Aufgabe aller klassenbewußten Gewerkschafter darin, diese Forderungen sowohl durch ihre inhaltliche Konkretisierung als auch durch die Ausarbeitung der Methoden und Formen des Kampfes zur Grundlage praktischer Aktionen und Bewegungen der Gewerkschaften und breiter Teile der Arbeiterklasse zu machen.

Den Kampf um tiefgehende soziale und demokratische Reformen betrachten wir im Zusammenhang mit den wachsenden Möglichkeiten eines friedlichen Entwicklungsweges der sozialistischen Revolution, für den wir in unserer Programmatischen Erklärung eintreten. Die Propagierung dieses Weges besitzt auch bei uns große Bedeutung für die Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Genossen und Organisationen und für die Überwindung des Mißtrauens und der Vorurteile, die unter den Sozialdemokraten noch gegen uns bestehen. Wir sind der Meinung, daß bei der Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden, dessen Errungenschaften auf das Denken und Handeln der westdeutschen Arbeiterklasse unvermeidlich eine wachsende Anziehungskraft ausüben werden, eine breite und kraftvolle antimilitaristische und antimonopolistische Volksbewegung für tiefgehende soziale und demokratische Reformen die Möglichkeiten eines friedlichen Entwicklungsweges der sozialistischen Umwälzung verstärken wird.

Junge Genossen fragen, WISSEN UND TAT antwortet

Warum ist der staatsmonopolistische Kapitalismus der Bundesrepublik so gefährlich?

Dies war eine zweite Frage*), die im Zusammenhang mit Diskussionen über den staatsmonopolistischen Kapitalismus von jungen Genossen gestellt worden ist.

Die Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist in allen entwickelten kapitalistischen Ländern vor sich gegangen. Dennoch ist es eine Tatsache, daß in Europa nicht etwa vom staatsmonopolistischen Kapitalismus Italiens oder Schwedens, sondern von jenem der Bundesrepublik die Gefahr für den Weltfrieden ausgeht. Warum ist das so? Welche Besonderheiten bewirken dieses friedensfeindliche Wesen gerade des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik?

Zur Beantwortung dieser Frage

reicht die Untersuchung der ökonomischen Prozesse des modernen Kapitalismus und des Prozesses der Verschmelzung von Monopolen und Staat nicht aus. Erforderlich ist die Untersuchung des Gesamtsystems des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner geschichtlichen Besonderheiten in Deutschland.

Für den deutschen Imperialismus ist von Anfang an kennzeichnend, daß er, infolge der verspäteten kapitalistischen Entwicklung Deutschlands erst auf dem Plan erschien, als die Aufteilung der Welt in imperialistische Einfluß- und Machtbereiche bereits abgeschlossen war. So betrug zwar die ökonomische Wachstumsrate des deutschen

*) Erste Frage wurde beantwortet in Heft 3/4, 1965, S. 40-42.

Kapitalismus um die Jahrhundertwende das Zwei- bis Dreifache derjenigen Englands und Frankreichs. Aber der englische Kolonialbesitz war über 10mal so groß wie der deutsche. Der deutsche Imperialismus war vor England auf den ersten Platz der europäischen Industriestaaten gerückt, stand aber in der Reihe der imperialistischen Kolonialmächte ganz hinten. Es war also ein Widerspruch zwischen der bedeutenden und sich rasch weiter steigernden ökonomischen Macht des deutschen Imperialismus und seinem beschränkten Herrschaftsbereich entstanden. Daraus entwickelte sich – bereits vor dem ersten Weltkrieg – die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus, die noch dadurch verstärkt wurde, daß dieser Imperialismus ein enges Bündnis mit der reaktionären preußischen Militärkaste eingegangen war. Unter Wilhelm II. mischt sich der deutsche Imperialismus und Militarismus – etwa ebenso wie heute der amerikanische – in alle Freiheitsbewegungen der Völker und in alle imperialistischen Welthandel ein. Deutsche Truppen werden nach China geschickt, um die Befreiungsbewegung zu unterdrücken. Der Kaiser verabschiedet die Truppen mit dem Satz: „Haust wie die Hunnen!“. Deutsche Kriegsschiffe provozierten den französischen Imperialismus vor marrokanischen Häfen, und der englische Imperialismus wurde im Vordenen Orient sowie auf den Weltmeeren herausgefordert. So wurde der deutsche Imperialismus geradezu der Haupttreiber zum ersten Weltkrieg.

Doch dessen Ergebnis hat diesen Widerspruch noch verschärft (Verlust der Kolonien, Gebietsverluste des Reiches). Der Versuch, mittels der faschistischen Diktatur und eines zweiten Weltkrieges diesen Widerspruch zu lösen, sich durch die Eroberung weiter Räume vor allem im Osten Europas „gesund zu stoßen“, hat für den deutschen Imperialismus bekanntlich noch katastrophalere Folgen gehabt: Nach dem zweiten Weltkrieg war der Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus nicht nur einfach noch kleiner geworden. Auf dem Boden des „eigenen“ Landes erstand die sozialistische DDR, die Verkörperung der

friedlichen und sozialistischen Zukunft der ganzen deutschen Nation, das ständige Zeichen des unvermeidlichen Untergangs des Imperialismus auf deutschem Boden.

Gleichzeitig trat jedoch eine erneute ökonomische Stärkung des deutschen Imperialismus ein. Ausdruck dessen (und des Wissens darum!) sind solche Sätze im Jahresgutachten des sogenannten unabhängigen Gutachterausschusses der Bundesregierung: Die Tabelle „zeigt, daß unser Anteil am Welthandel, gemessen an den Exporten, auf 11,4 vH und, gemessen an den Importen, auf 9,2 vH angewachsen ist, diese Werte liegen nur noch unter denen für die Vereinigten Staaten (17,3 vH bzw. 12,9 vH)“ (Bundestagsdrucksache IV 2890, Seite 9).

Es ergibt sich also eine besonders zugespitzte, beim heutigen Kräfteverhältnis in der Welt und im Zeitalter der Massenvernichtungswaffen besonders abenteuerliche und gefährliche Aggressivität des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik. Ausdruck dessen auf politischem Gebiet ist vor allem der Revanchismus, das Bestreben, die nach der Niederlage im selbst ausgelösten Raubkrieg entstandenen Ergebnisse rückgängig machen, die DDR zu erobern, die deutschen Ostgrenzen verändern, Europa neu „ordnen“ zu wollen. Hinzu kommt das Bestreben, auch neuen Einfluß im kapitalistischen Teil der Welt und neokolonialistischen Einfluß in den jungen Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Südamerikas zu erringen.

Zu diesem Zweck hat der staatsmonopolistische Kapitalismus der Bundesrepublik auf solche typischen internationalen Vereinigungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wie die NATO und die EWG gesetzt. Dort steigert er seinen Einfluß, um diese Organisationen zu veranlassen, seine politischen Absichten zu verwirklichen. Triumphierend bemerkte Atomminen-Tretnner, daß der „NATO-Rat im Jahre 1963 die These der Vorwärtsverteidigung zum erklärten militärischen Programm seiner Führung“ gemacht habe. Damit ist gemeint, daß er sich die Bonner Pläne des Strebens nach Atomwaffen, nach Vorverlegung von atomar ausgerüsteten NATO-

Streitkräften an die bundesdeutsche Ostgrenze, die Vorbereitung eines Überraschungsangriffes auf die DDR zu eigen gemacht habe. Konzentriertester Ausdruck der Besonderheiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Bundesrepublik ist der Militarismus. Denn zur Durchsetzung der aggressiven Ziele wird das gesamte gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik immer mehr dem Militarismus unterworfen. Die militaristische Armee wird — nach einem Wort des ehemaligen Wehrbeauftragten, Vizeadmiral Heye — zu einem „Staat im Staat“. Der Militarismus durchdringt, wie im Referat des 4. Plenums des Zentralkomitees festgestellt wurde, „über das Kriegsministerium und die Bundeswehr alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens... Unter der Führung der Hitler-Generale ist die Bundeswehr und der Militärapparat der Hauptträger und das wichtigste Machtinstrument des Revanchismus.“ (Wissen und Tat, Heft 1/2 1965, S. 9). Wiederholt haben diese Hitler-Generale (zum Beispiel in der „Generalsdenkschrift“ für atomare Bewaffnung 1961) verlangt, daß ihre militärischen Vorstellungen die außen- und innenpolitischen Entscheidungen der Bundesregierung binden. Trettner hat seinen Atom-Minen-Plan ohne Unterrichtung, geschweige denn mit Zustimmung des Parlaments aufgestellt.

Von der zunehmenden Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens zeugt auch die Tatsache, daß das Koblenzer Rüstungsamt der größte Auftraggeber Europas ist. Die Rüstungskonzerne, ihre „wirtschaftlichen“ Belange, haben also für die Politik der Bundesregierung größtes Gewicht. Um so mehr, da diese Rüstungskonzerne mit den herrschenden Monopolen identisch sind.

Die militaristische Verseuchung des gesamten gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik drückt sich auch aus in dem Bestreben, die Bewältigung der Vergangenheit zu verhindern: die alten Fachleute der Hitlerschen Gewaltpolitik nach innen und außen wurden an alle Schlüsselpositionen der Armee, Justiz, Polizei, Diplomatie usw. geschoben.

Schließlich muß der geradezu riesenhafte Apparat der psychologischen

Kriegsführung — der Springer-Konzern ist das größte Zeitungsimperium Europas —, der Hetze und Verleumdung gegen die sozialistischen Länder, insbesondere gegen die DDR, aber auch die Hetze gegen die Gewerkschaften, gegen „Verzichtspolitiker“, „Linksintellektuelle“, „Ostermarschierer“ usw. erwähnt werden. Der Antikommunismus, die revanchistische Hetze wurden zur Staatsdoktrin erhoben. Antihumanistischer Ungeist breitet sich in Zeitungen, Filmen und in der Massensliteratur aus, dringt in die Schulbücher, in den Unterricht ein.

Und wie wirkt das auf das Volk?

Hier zeigt sich, wie dieses ganze System mit den Lebensinteressen der Nation unvereinbar ist. Diese militaristische staatsmonopolistische Politik frisst heute die sozialen Errungenschaften des Volkes durch ständige Preissteigerungen, wachsenden Steuerdruck, Angriff auf die Sozialversicherung usw. auf. Sie behindert die Lösung solcher Gemeinschaftsaufgaben wie des Aufbaus eines modernen Bildungswesens. Sie führt zum Angriff auf die demokratischen Rechte des Volkes, zur Aufblähung der Bürokratie, zur Aushöhlung der Rechte des Parlaments, das nur noch formal die Gesetzgebungsinitiative hat und nur noch formal über den Etat entscheidet. In Wahrheit fallen die Entscheidungen darüber in den Verhandlungen der Regierung und der monopolistischen Verbände hinter den Kulissen.

Das gesamte staatsmonopolistische System der Bundesrepublik ist also vom Revanchismus und Militarismus durchdrungen und beherrscht. Bedroht das alles heute die sozialen und demokratischen Rechte des Volkes, so morgen — wenn man dieses System gewähren ließe — das Leben der Nation durch den Atomkrieg. Eben darum ist der deutsche staatsmonopolistische Kapitalismus so gefährlich. Gerade darum ist es die Hauptaufgabe aller um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt kämpfenden Arbeiter, Bauern, Geistesschaffenden, Techniker, Bürger, den Kampf gegen diesen Todfeind der deutschen Nation aufzunehmen, seine Macht zurückzudrängen und schließlich zu zerbrechen.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Parteien begrüßen Ergebnisse des Konsultativen Treffens

Vom 1. bis 5. März 1965 fand ein Konsultatives Treffen von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien in Moskau statt. Von den 19 kommunistischen und Arbeiterparteien wurde ein Kommuniqué angenommen. Das Politbüro des ZK der KPD begrüßt es als einen bedeutsamen Schritt zum Zusammenschluß der internationalen kommunistischen Bewegung. Das Kommuniqué der 19 Parteien und die Erklärung unserer Partei finden die Leser in der April-Ausgabe 1965 des Zentralorgans „Freies Volk“, S. 5/6. „Wissen und Tat“ veröffentlicht nachfolgend Auszüge aus Erklärungen von Bruderparteien und aus Artikeln der Zentralorgane.

„Neues Deutschland“: „Die kommunistische Bewegung festigt ihre Reihen“

Die Tatsache des Stattfindens, der Verlauf und das Ergebnis des konsultativen Treffens in Moskau sind ein erneuter Beweis für die Stärke und Lebenskraft des Marxismus-Leninismus. Das Treffen selbst ist eine konkrete Bestätigung der wichtigen Feststellung im Kommuniqué: „Was die kommunistischen Parteien eint, ist weitaus stärker als das, was sie gegenwärtig entzweit.“

Das Entscheidende und Neue ist vielmehr — und darin besteht die Bedeutung des konsultativen Treffens von Moskau und seines Kommuniqués —, daß die kommunistische Weltbewegung in sich selbst die Kräfte findet, um in kollektiven Beratungen aller Bruderparteien die Aktionseinheit ihrer Reihen zu stärken, die Einheit und Geschlossenheit ihrer Bewegung wiederherzustellen und zu festigen und einen sicheren Weg zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten zu finden.

Selbst angesichts von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien, so wird im Kommuniqué betont, ist es durchaus möglich und notwendig, die Aktionseinheit der kommunistischen und Arbeiterparteien im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, nationale Befreiung, Demokratie, Sozialismus und Kommunismus herbeizuführen. So riefen die Teilnehmer des Treffens alle friedliebenden Menschen

der Welt zum Kampfe gegen die Aggressionsakte des USA-Imperialismus in Vietnam auf. Die Teilnehmer des konsultativen Treffens sprachen sich dafür aus, sämtliche Wege und Möglichkeiten zur Herstellung und Stärkung der Aktionskraft der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung zu nutzen. Eine nützliche Rolle können dabei zwei- und mehrseitige Beratungen, Konsultationen von Bruderparteien, internationale theoretische Seminare zur Klärung bestimmter Probleme, der Delegationsaustausch zur Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen sowie andere Formen der Verbindungen zwischen den Parteien und des Meinungsaustausches sein.

Entsprechend unserem Parteiprogramm und getreu dem proletarischen Internationalismus hat das Zentralkomitee der SED seinen aktiven Beitrag zur Vorbereitung und zum Erfolg des Treffens der Vertreter der 19 Parteien geleistet. Unter den komplizierten Bedingungen unseres Kampfes an der Nahtstelle zwischen zwei Weltsystemen verspüren wir Mitglieder der SED mit besonderer Deutlichkeit jede Stärkung, aber auch jede Schwächung der Zusammenarbeit und Solidarität unserer Bewegung. Deshalb begrüßt unsere Partei das positive Resultat des Moskauer Treffens.

Aus dem Beschluß des ZK der KPdSU*

Über die Ergebnisse des Konsultativtreffens

Das Plenum ist der Meinung, daß das Treffen ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, für nationale Befreiung, für Frieden, Demokratie und Sozialismus war.

Die Ergebnisse des Treffens zeigen, daß die kommunistischen Parteien, die an ihm teilgenommen haben, fest entschlossen sind, alles in ihren Kräften Stehende für die Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus des proletarischen Internationalismus, auf der Grundlage der Linie zu tun, die durch die Deklaration von 1957 und die Erklärung von 1960 festgelegt wurde.

Das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU erklärt sich voll und ganz einverstanden mit der Ansicht der Teilnehmer des Treffens, daß der Hauptweg zur Festigung der Einheit die Hebung der internationalen Verantwortung jeder kommunistischen Partei ist sowie ihre aktive Beteiligung an gemeinsamen Aktionen im gemeinsamen Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker, gegen die Herrschaft des Monopolkapitals, für allgemeinen Frieden und für die Bekräftigung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung, für die Sache des Sozialismus und Kommunismus. Den gemeinsamen Aktionen der kommunistischen Parteien aller Länder der Welt, aller friedliebenden und demokratischen Kräfte für die Abwehr der Aggression der amerikanischen Imperialisten gegen Südvietnam, zum Schutz der Demokratischen Republik Vietnam, zum Schutz der Völker, die einer imperialistischen Aggression ausgesetzt sind, kommt heutzutage eine besondere Bedeutung zu. Dazu ruft die von den Teilnehmern des Treffens angenommene überaus bedeutsame

Erklärung über die Ereignisse in Vietnam auf.

Das Plenum des Zentralkomitees hält die vom Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU in Übereinstimmung mit der Führung der Partei der Werktätigen Vietnams getroffenen Maßnahmen für richtig und billigt sie voll und ganz. Diese Maßnahmen unterstützen den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes, geben ihm weitere Hilfe und festigen die Verteidigungsfähigkeit der Demokratischen Republik Vietnam zur Abwehr der Aggression des amerikanischen Imperialismus.

Die KPdSU teilt die Schlußfolgerung der Teilnehmer des Treffens, daß die Meinungsverschiedenheiten in der kommunistischen Bewegung, die ihre Geschlossenheit schwächen, der weltweiten Befreiungsbewegung, der Sache des Kommunismus schaden. Unsere Partei ist, wie auch die anderen Bruderparteien, die an dem Treffen teilgenommen haben, der Meinung, daß es in der gegenwärtigen Situation besonders notwendig ist, wirkungsvolle Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten in der kommunistischen Bewegung, zur Wiederherstellung der Einheit ihrer Reihen zu ergreifen.

Das Plenum des Zentralkomitees unterstützt die von den Teilnehmern des Treffens unter den Bedingungen der vollen Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung der Meinungen aller Parteien ausgearbeiteten Vorschläge über Wege zur Festigung der Geschlossenheit der kommunistischen Bewegung, die folgendes vorsehen: gemeinsame Aktionen im Kampf für die gemeinsamen Ziele, kollektive Bemühungen für die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Parteien, Ausnutzung der zweiseitigen und mehrseitigen Treffen und anderer Formen der Verbindungen zwischen den Parteien, Einstellung der offenen Polemik, die Ausfälle enthält und eine unkameradschaftliche Form hat.

Gleichzeitig gilt es, den Meinungsaustausch über wichtige Probleme der

* Das Plenum begann am 24. März 1965 in Moskau.

Gegenwart in kameradschaftlicher Form zu entwickeln und die von den Beratungen in den Jahren 1957 und 1960 festgelegten Normen der Beziehungen zwischen den Parteien strikt einzuhalten.

Zur Festigung der Geschlossenheit der Bruderparteien wäre es erforderlich, ein provisorisches Konsultativtreffen von Vertretern der 81 Parteien, die an der Beratung im Jahre 1960 teilgenommen haben, zu gegebener Zeit durchzuführen. Ein solches Treffen würde es ermöglichen, die Wege und Formen der Vorbereitung einer neuen internationalen Beratung von Vertretern der kommunistischen Parteien mit wahrhaft demokratischen Methoden zu bestimmen. Die aktive und allseitige Vorbereitung einer neuen internationalen Beratung und ihre Durchführung zur gegebenen Zeit entsprechen den Interessen der kommunistischen Weltbewegung — diese Schlußfolgerung der Teilnehmer des Konsultativtreffens wird von der KPdSU vollauf unterstützt.

KPF stimmt zu

Das Politbüro billigte einstimmig den Bericht der Delegation, die am Treffen teilnahm. In einem Communiqué wird einer neuen internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien zugestimmt. Eine solche Konferenz „würde dazu beitragen, den Zusammenschluß der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus, des proletarischen Internationalismus und der Deklarationen der Konferenzen von 1957 und 1960 zu fördern. Dieser Zusammenschluß ist die wesentlichste Bedingung für neue Erfolge aller antimperialistischen Kräfte in der Welt.“

KPC und PVAP begrüßen Beschlüsse

Das Präsidium des ZK der Kommunistischen Partei der Tschechoslowa-

kei erörterte den Bericht der KPC-Delegation über die Ergebnisse des Konsultativtreffens von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau. Das ZK-Präsidium begrüßte das in Moskau angenommene Kommuniqué und erklärte im Namen der KPC, alles tun zu wollen, um die Durchführung der Beschlüsse zu sichern.

Das ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei billigte auf dem 3. Plenum den von der polnischen Delegation unter der Leitung von Zenon Kliszko auf dem Konsultativtreffen vertretenen Standpunkt. „Die PVAP, die sich von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus leiten läßt, wird auch in Zukunft alles nur mögliche tun, um die Einheit der sozialistischen Staaten und der weltweiten kommunistischen Bewegung zu festigen“, heißt es in einem entsprechenden Beschluß.

„Nepszabadsag“: Die ungarische „Nepszabadsag“ erklärt: „Uns ungarische Kommunisten erfüllen die Ergebnisse des Moskauer Konsultativtreffens mit Befriedigung. Wir sind bereit, mit allen Kräften dazu beizutragen, daß die Vorschläge des Treffens verwirklicht werden.“ Die polnische „Zolnierz Wolnosci“ hebt die Atmosphäre der Brüderlichkeit und der Freundschaft hervor, von der die Beratungen beherrscht waren.

Rabotnitschesko Delo (KPB): „In der Arbeit und im Kampf für die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung, für die Vereinigung aller revolutionären Kräfte der Welt, sieht die Bulgarische Kommunistische Partei die Garantie für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus, für den Erfolg des Kampfes gegen Imperialismus und Krieg; für den Sieg des Friedens, der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts.“

Der Deutsche Freiheitssender 904

sendet täglich von

4.30—6.00 Uhr, 19.00—20.00 Uhr und 21.00—22.30 Uhr
auf der Welle 904 kHz = 331,9 m

Erfolg der Einheitsfront bei französischen Kommunalwahlen

Von Etienne Fajon,

Mitglied des Politbüros des ZK der KPF und Direktor der „Humanité“

Das Datum der kürzlich beendeten Kommunalwahlen wird in Frankreich rot angekreuzt bleiben. Bei den Parlamentswahlen im Jahre 1962 war Paris in 31 Wahlkreise eingeteilt. Die 31 Abgeordneten, die damals aus der Wahl hervorgingen, gehörten alle zur UNR. In diesem Jahr nun wurde Paris in 14 Wahlkreise mit 90 zu wählenden Gemeindevertretern aufgeteilt. Die Einheitsfront ging in sechs Wahlkreisen mit 38 Vertretern, unter ihnen 24 Kommunisten, als Sieger hervor.

Um ihrer Sache zum Erfolg zu verhelfen, hatten de Gaulle und seine Anhänger ein besonderes Gesetz für Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern geschaffen. In 25 dieser Großstädte hatten die Kommunisten die Mehrheit. Bei den jetzigen Kommunalwahlen haben sie das Vertrauen der Wähler ausnahmslos wiedererobert. Außerdem haben sie aber in acht weiteren Städten dieser Größenordnung ebenfalls die Gemeindevertretungen übernommen. Es handelt sich um die Städte Le Havre, Nîmes, Alès, Colombes, Levallois, Fontenay-sous-Bois, Aulnay und Sarcelles. Auch in kleineren Städten wurden die Kommunisten in zahlreiche Gemeinderäte gewählt. Im allgemeinen erhöhten sich die Stimmen für die Kommunisten vom ersten zum zweiten Wahlgang erheblich.

Für die diesjährigen Kommunalwahlen war ferner charakteristisch, daß in vielen Gemeinden, in denen nach dem ersten Wahlgang noch Sitze offen waren, Kommunisten gewählt wurden. Damit wollten die Wähler die Ergebnisse des ersten Wahlgangs verbessern und ihren Gemeinden eine wachsame und aufrechte Vertretung sichern. Die Bedeutung des Ergebnisses dieser Stichwahl ist klar: Sie stellt eine Bestätigung der Arbeit der kommunistischen Bürgermeister, der Politik der KPF, eine Anerkennung ihrer beharrlichen Arbeit für die Einheit der Arbeiterklasse und die Demokratie dar. Diese gemeinsamen Anstrengungen haben wir bei den Kommunalwahlen fortgesetzt und damit auch vielen von anderen Parteien geführten

Einheitslisten zum Erfolg verholfen, da wir zu ihren Gunsten zurücktraten.

Die Wahl der Kandidaten der Einheitslisten in Epinay, Alfortville, Saint-Brieux, Château-Tierry, Aubusson, Aurillac und anderen Städten, die einen Sozialisten oder anderen Republikaner als Bürgermeister erhielten, ist ebenso erfreulich wie die Mehrheit, die sich in anderen Wahlkreisen für die KPF ergab. Wir beglückwünschen uns aber auch zu den Ergebnissen in einigen Städten, wo die Sozialistische Partei (SFIO) den Bürgermeistersitz an uns verloren hat, weil sie eine Allianz mit den Reaktionsären einem Bündnis mit der KPF vorgezogen hat – wie in Le Havre, Nîmes und Alès.

Es gibt auch Fälle, wo sich die Wahlhilfe der Reaktion für einige sozialistische Bürgermeister lohnte. Ein typisches Beispiel dafür war die Wahl in Marseille, wo es Defferre gelang, mit ihrer Hilfe mehr Stimmen als durch das Wahlbündnis zwischen Sozialisten und Kommunisten zu gewinnen. Dank dem Beschluß, den die gaullistische Partei in Paris traf und durch den der UNR in Marseille befohlen wurde, Defferre zu wählen, errang Defferre in fünf der insgesamt acht Wahlkreise der Stadt die Mehrheit.

Politisch ist es allerdings nicht sehr glanzvoll für Defferre, der UNR Dank schulden zu müssen: Trotz offizieller Intervention und persönliches Eingreifen General de Gaulles in die Wahlkampagne wurden zahlreiche Fotos des Präsidenten, die die UNR überall an die Mauern geklebt hatte, heruntergerissen. Insgesamt hat die UNR einen schweren Schlag erlitten. Bereits eine grobe Rechnung ergab, daß allein in der Hauptstadt von ungefähr 40 UNR-Kandidaten 16 geschlagen wurden. Das Volk verachtet diese Leute, die für das Finanzkapital arbeiten. Die allgemeine Unzufriedenheit mit der gaullistischen Politik war der Hauptfaktor dieser Wahl.

Die Schwächung der UNR und der reaktionsären Kräfte, die Fortschritte der Einheitsfront gegen die persönliche

Macht, die Stärkung der Position der KPF und als Folge all dessen eine bessere Perspektive für gemeinsame Aktionen — das ist das Fazit dieser Kommunalwahlen. Unsere Aufgabe ist

es nun, alles zu tun, damit diese guten Wahlergebnisse zu einem wichtigen Meilenstein im gemeinsamen Kampf für die Errichtung einer wahren Demokratie werden.

Aus den Erfahrungen der Partei

Kaderpolitik und Massenarbeit

Von der Arbeit mit den Genossen in einer Schachtanlage

Genosse Willi Mohn stellt in „Wissen und Tat“, Nr. 11/12 1964 fest: „Von der Fähigkeit, dem Elan und der Einsatzbereitschaft der ganzen Partei, von den Verbesserungen unserer täglichen Massenarbeit hängt es ab, wie wir die Arbeiter in den Großbetrieben und Gewerkschaften, sowie breite Bevölkerungsschichten von der Richtigkeit unserer Politik überzeugen und zum gemeinsamen Handeln mobilisieren.“

Die tägliche Massenarbeit auf unserer Zeche ist das Gespräch von Kumpel zu Kumpel, das geschriebene Wort in der Betriebszeitung sowie nicht zuletzt das Auftreten unserer Genossen auf Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen.

Ich meine, Genosse Mohn hat recht, wenn er uns sagt: „Das hängt nicht zuletzt von einer klugen Arbeit unserer Leitungen mit den Kadern ab.“

Nehmen wir das Gespräch von Kumpel zu Kumpel vor Ort. Die Parteigruppe 2 unserer Grundorganisation kennt die Probleme in ihren zwei Revieren. Die Kumpel kommen zu unseren Genossen, stellen Fragen, sagen sagen was los ist, und besprechen oft gemeinsam mit den ihnen bekannten Kommunisten, was es in der großen und kleinen Politik für Probleme gibt. Die 5 Genossen dieser Parteigruppe geben gute Ratschläge, beraten mit ihren Kameraden die eine oder andere Sache, hören sich das Für und Wider an. Die Genossen scheuen sich nicht, auch einmal ihren Arbeitskameraden zu sagen: Darauf kann ich Dir aus dem Handgelenk keine befriedigende Antwort geben. Dann aber wird in der Gruppe beraten. Jeder hat sich vorher

Gedanken gemacht, jeder hat sich die Argumente der Arbeitskameraden gut gemerkt. Der Parteigruppenleiter achtet darauf, daß in der Diskussion jedes Mitglied seine Meinung sagt, und daß die Programmatische Erklärung oder eine Stellungnahme der Partei zu Rate gezogen wird. So hat diese Gruppe folgendes gesichert:

1. Der Parteigruppenleiter ist der politische Leiter der Gruppe. Er ist der gewählte und politisch stärkste Genosse der Gruppe.
2. Die Gruppe bildet ein aktives Kollektiv, das sich für die Probleme und Sorgen in den zwei Revieren und somit für die Erläuterung der Politik der Partei und für die gute gewerkschaftliche Arbeit verantwortlich fühlt.
3. Die zwei im Karl-Liebknecht-Aufgebot geworbenen jungen Genossen nehmen an allen Besprechungen nicht nur teil, sondern haben immer eine Menge Argumente, Fragen und Probleme aus dem Kreis der jungen Kumpel, über die die Gruppe vor der Aufnahme der neuen Mitglieder nichts wußte.
4. Die Gruppe 2 liefert fast regelmäßige Beiträge aus der Grube für die Betriebszeitung.

Aber es gibt noch andere Erfahrungen. In einem anderen Revier unserer Zeche gibt es zwei junge Genossen, die viele Einzelheiten über die Vernachlässigung der Grubensicherheit, über Gedingeraub und andere Sorgen der Kumpel vor Ort kennen. Aber ihre Gruppe, die Gruppe 1, wird nur kasstriert. Es gibt keine kollektive Diskus-

sion. Es werden auch nicht Erfahrungen ausgetauscht. Parteigruppenleiter ist ein älterer Genosse, der trotz seiner Silikose die Kassierung aufrecht erhält und die Literatur verteilt. Er arbeitet nicht in der Grube, sondern über Tage. Ein weiterer Genosse, der schon vor dem Verbot Mitglied war, zahlt zwar seinen Beitrag, aber hat keinen Kontakt zu den zwei jungen Mitgliedern. Als sie ihm erklärten: „Wir haben einiges für die Betriebszeitung“, bat er sie, das alles aufzuschreiben; er würde es weiterleiten. Sie hatten jedoch Hemmungen, dies nun ohne Hilfe zu tun und verzichteten darauf. Die Enthüllungen aus ihrem Revier wurden so nicht im Betrieb bekannt. Die beiden Genossen gaben nicht auf. Sie setzten eine Gruppenversammlung durch, auf der beraten wurde, wie die Betriebszeitung zur Sache der ganzen Gruppe gemacht werden kann. Die jungen Genossen haben diese Forderung durchgesetzt. Die Betriebsgruppenleitung des Schachtes wird ihnen nun helfen. Sie wird dafür sorgen, daß der Parteigruppenleiter Hilfe und politische Unterstützung erhält.

Nur wenn wir sichern, daß jeder Genosse seinen Fähigkeiten entsprechend an den richtigen Platz gestellt ist, werden wir in der Lage sein, die Politik der Partei von den Parteigruppen aus richtig in die Massen zu tragen und diese zum gemeinsamen Handeln mobilisieren.

Tatsachen aus der DDR

Vorläufiges Ergebnis der Volks- und Berufszählung

Am 31. Dezember 1964 lebten in den 9178 Städten und Gemeinden der DDR 17 011 931 Personen. Von ihnen waren 9 260 069 (54,4 Prozent) weiblichen und 7 751 862 (45,6 Prozent) männlichen Geschlechts. Auf 100 männliche kamen somit 119 weibliche Einwohner.

Am Tag der Volks- und Berufszählung befanden sich 4 043 443 Personen im Kindesalter, 9 836 543 im

arbeitsfähigen Alter und 3 131 945 im Rentenalter.

Auf 100 Personen im arbeitsfähigen Alter kamen 73 im nichtarbeitsfähigen Alter (Kinder unter 15 Jahre 41 und Einwohner im Rentenalter 32).

Für die Hauptstadt Berlin wurden 1 071 462 Einwohner ermittelt.

Internationale Presse zur Leipziger Messe:

„Nürnberger Nachrichten“:

„Es ist wohl etwas schwierig klarzumachen, daß der Interzonenhandel eines der wenigen verbliebenen Bindeglieder zwischen beiden Teilen Deutschlands ist. Noch schwieriger ist es, eingestehen zu müssen, daß dieser Handel als politische Waffe längst stumpf geworden ist...“

„Kieler Nachrichten“:

Klaus Reinhardt, Korrespondent der „Kieler Nachrichten“, gab am letzten Messetag aus Leipzig die Meinung eines britischen Stahlindustriellen über die Politik Bonns wieder: „... Ihr verbreitet seit Jahren die Legende, hier gebe es nichts Vernünftiges, nur Murks, nichts würde funktionieren, und das sei eben der Beweis, daß es mit Ulbricht nicht geht. Damit verletzt Ihr nicht Herrn Ulbricht, den so ein Urteil ohnehin nicht interessiert, sondern die Ingenieure und Arbeiter. Oder möchten Sie in einer Gesellschaft leben, die ständig als nicht gesellschaftsfähig erklärt wird und dann auch noch unter der Phrase, es seien die Brüder und Schwestern!/? Warum, zum Teufel, könnt Ihr Deutschen nicht mal den Tatsachen ins Auge sehen und daraus Eure Politik entwickeln? Aber nein, Ihr stellt Euch blind, und nun sollen auch noch wir Engländer uns genauso „wohl verhalten“. Wissen Sie, wie ich das finde? Dumm, einfach dumm. Weil Ihr in der Bundesrepublik am Ende die Leidtragenden sein werdet.“

Deutsche Presse-Agentur (DPA):

„Erreicht worden ist von den Veranstaltern sicherlich auch das Ziel, das Ansehen Leipzigs als bedeutenden Treffpunkt der Ost-West-Händler zu vergrößern. Das Interesse an diesem

Handel wächst auf beiden Seiten. Das wurde in zahlreichen offiziellen Reden auf der Messe stärker noch als in den vergangenen Jahren betont. Die Parole für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt war überall zu hören und zu lesen. Dazu tauchte ein neuer Slogan auf: „Zum gegenseitigen Nutzen und in gegenseitiger Wertschätzung.“

„Telegraf“:

„Hier in Leipzig ist der Reigen der großen ‚volkseigenen‘ oder ‚sozialistischen‘ Maschinenkombinate des Ostblocks aufgeföhren. Man muß zugeben: Es ist ein imponierendes und reichhaltiges Produktionsortiment“, schrieb die Zeitung am letzten Messetag.

„Die beherrschende Stellung draußen auf der Technischen Messe hat ebenso wie in den Messepalästen der Stadt die Industrie Mitteldeutschlands. Hier kommt der Wandel zum Ausdruck, der sich im letzten Jahrzehnt vollzogen hat. Kam es früher entscheidend darauf an, das Produktionsoll mengenmäßig, ohne Rücksicht auf die Kosten, zu erfüllen, so hat die planwirtschaftliche Führung inzwischen die Rentabilitätsrechnung neu entdeckt. Und die junge Generation der Techniker und Industriemanager ist eifrig dabei, diese Erkenntnisse im Rahmen des neuen ökonomischen Systems durch fortschreitende Rationalisierung in die Praxis umzusetzen.

Bis 1970 will man soweit sein, jeden Tag eine komplette Anlage ins Ausland zu liefern. Dieses Ziel erscheint keineswegs utopisch, da es ja nicht immer gleich Objekte im Werte von vielen Millionen zu sein brauchen. Hinzu kommt, daß die mitteldeutsche Industrie durch ihre straffe Zusammenfassung in Kombinate geradezu darauf eingerichtet ist, nicht nur Einzelmaschinen, sondern ganze Maschinenstraßen und komplette Industrieanlagen zu liefern.“

Wer sitzt in der Volkskammer und wer im Bundestag

Von den 500 Abgeordneten der Volkskammer sind 65 weniger als 30 Jahre alt, von den 499 Bundestagsabgeordneten vier in dieser Alters-

gruppe. In der Fraktion der Jugendorganisation (FDJ) in der Volkskammer besitzt die Jugend der DDR eine eigene Vertretung in Stärke von 35 Abgeordneten. Auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene wirken 31 699 Abgeordnete im Alter von weniger als 30 Jahren in den Volksvertretungen.

Nach ihrer sozialen Herkunft gliedern sich die Abgeordneten der 4. Wahlperiode (in Klammern zuzüglich die Berliner Vertreter in der Volkskammer) wie folgt:

Arbeiter	245 (38)
Bauern	48 (4)
Angestellte	57 (13)
Intelligenz	27 (4)
Handwerker und Gewerbetreibende	52 (7)
Pfarrer	2 (—)
Unternehmer	3 (—)

Die Zusammensetzung der Volkskammer beweist: Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Auch in der Bundesrepublik sind die Arbeiter und Bauern der größte Teil der Bevölkerung. Aber im Bundestag sind sie fast gar nicht vertreten. Zwar steht im Grundgesetz ebenfalls der verpflichtende Satz, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehen soll. Wer sie tatsächlich ausübt, zeigt allein schon folgendes Übersicht über die Zusammensetzung des Bundestages:

Abgeordnete insgesamt; 499, davon Direktoren, leitende Angestellte und Aufsichtsratsmitglieder von Konzernen und kapitalistischen Unternehmen und Unternehmer	161
Großgrundbesitzer, Gutsbesitzer und Großbauern	53
Beamte (einschl. staatl. Wahlfunktionen wie Minister und Oberbürgermeister)	128
Angestellte der bürgerlichen Parteien und von Organisationen	92
Freie Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Architekten usw.)	41
Inhaber von Handwerksbetrieben	19
Arbeiter	5

Zuschüsse an die Kirche

Als Zuschüsse zur Pfarrerbesehung und zu ähnlichen Zwecken zahlte die Regierung der DDR seit 1949 200 Millionen MDN an die Kirchen. Im Studienjahr 1962/63 betrugen die Gesamtausgaben des Staates für die sechs Theologischen Fakultäten 4,2 Millionen MDN. Jeder der nahezu 600 immatrikulierten Theologie-Studenten erhielt im Durchschnitt ein monatliches staatliches Stipendium von 176 MDN. Die kirchlichen Einrichtungen des Gesundheitswesens erhalten jährlich von staatlicher Seite über 50 Millionen MDN. Seit 1945 wurden in der DDR 1 008 000 Bibeln gedruckt.

Mittelstand auf goldenem Boden

Die Umsätze des Handwerks wuchsen von 4,4 Milliarden MDN im Jahre 1950 auf 10,6 Milliarden MDN im Jahre 1963. Im Arbeiter-und-Bauern-Staat bewahrheitet sich die alte Volksweisheit: Handwerk hat goldenen Boden.

So wie die Bauern neue Wege beschritten, gehen auch immer mehr Handwerker auf freiwilliger Grundlage zu genossenschaftlicher Arbeit über. Seit 1956 entstanden etwa 4114 Produktionsgenossenschaften des Handwerks mit 177 000 Mitgliedern, die gemeinsam mit etwa 159 000 individuell arbeitenden Handwerksbetrieblen den guten Ruf des deutschen Handwerks wahren und mehrten.

Was für den Bauern die LPG oder für den Handwerker die PGH darstellt, ist für den Einzelhändler und Gewerbetreibenden der Kommissionsvertrag mit dem staatlichen Großhandel und für den Unternehmer die Beteiligung des Staates am Betrieb als Kommanditist in der handelsrechtlichen Form der Kommanditgesellschaft. Heute arbeiten rund 7000 der 11 000 Privatunternehmer der DDR schon mit staatlicher Beteiligung (wobei es jedem Unternehmer freisteht, staatliche Beteiligung zu beantragen oder nicht). Daß diese Chance von den Unternehmern begriffen und genutzt wurde, beweist die Entwicklung der Industrieproduktion ihrer Betriebe. Der Umsatz stieg von 5,4 Milliarden

MDN im Jahre 1956 auf 9,6 Milliarden MDN im Jahre 1963.

Welche Filme sieht der Bürger der DDR?

In allen Filmtheatern laufen Filme eigener Produktion, aus Westdeutschland und aus dem Ausland. In den letzten fünf Jahren kamen mehr als 600 Spielfilme zum Verleih, darunter 109 DEFA-Filme, 172 Filme aus der Sowjetunion, 158 Filme aus westlichen Ländern und 195 Filme aus anderen sozialistischen Ländern.

Nicht zu sehen sind in der DDR Streifen, die Rassenwahn und Völkerrassismus schüren, sowie Schmutz- und Schundfilme. Dagegen werden bedeutende Kunstwerke aus aller Welt gezeigt, z. B.: „Die Kraniche ziehen“ und „Iwans Kindheit“ (Sowjetunion), „Bitterer Honig“ (England), „Asche und Diamant“ (Polen), „Das Urteil von Nürnberg“ (USA), „Die nackte Insel“ (Japan), „Rocco und seine Brüder“ (Italien).

Camping

In allen Gegenden der DDR – ob an einem der idyllischen märkischen Seen oder am Ostseestrand – stehen den Campingfreunden zahlreiche Zeltplätze zur Verfügung. (1964 allein im Bezirk Rostock 54 Campingplätze für 300 000 Teilnehmer.) Hinzu kommen die vielfältigen Möglichkeiten der Inlandstouristik, die das Reisebüro der DDR bietet. Im letzten Jahr waren es allein rund 180 000 Pauschalreisen von mindestens zweiwöchiger Dauer (also ohne Kurz- oder Wochenendauffahrten, die sich ständig wachsenden Zuspruchs erfreuen).

Stadt der jungen Leute

1965 wird Rostock insgesamt 2648 neue Wohnungen, 7 Schulen, 1 Hotel, 1 Institutsgebäude und das größte Krankenhaus in Mecklenburg erhalten.

Rund 14 500 Neubauwohnungen wurden seit 1945 in Rostock gebaut. 17 600 werden es in den nächsten zehn Jahren allein in Lütten Klein-Süd sein.

Vor allem wird in Rostock für junge Leute gebaut, denn das Durchschnittsalter der Rostocker beträgt nur 33 Jahre.

